

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,  
 wöchentlich 25 Pf. frei ins Postamt.  
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3.00 Mark pro Quartal.  
 Abonnement in der Post-Zeitungs-  
 Vertriebsliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insektions-Gebühr**  
 beträgt für die sozialpolitischen Kolonien-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Berichte  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.  
 (nur das erste Wort frei). Insekte für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.  
 Kernsprecher: Amt I, Nr. 1503.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 30. März 1900.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

## Bezugs-Einladung.

Mit dem 1. April eröffnen wir ein neues Abonnement auf den  
**„Vorwärts“**  
 mit seinem wöchentlich fünfmal erscheinenden  
**Unterhaltungsblatt**  
 und der Sonntags-Beilage  
**„Die Neue Welt“.**

Im Unterhaltungsblatt bringen wir Leo Tolstoj's neuen  
 Roman

### „Auferstehung.“

Neu hinzutretenden Abonnenten wird der bisher erschienene Teil  
 des Romans „Auferstehung“ nachgeliefert.  
 Für Berlin nehmen sämtliche Zeitungs-Expeditoren  
 sowie unsere Expedition, Benthstr. 3, Bestellungen entgegen zum  
 monatlichen Preise von:

**1 Mark 10 Pfennig frei ins Postamt.**

Für außerhalb nehmen sämtliche Postanstalten Be-  
 stellungen zum Preise von

**3 Mark 30 Pfennig**

für die Monate April, Mai, Juni  
 entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts“ in der Post-Zeitungsliste  
 unter Nr. 7971.)

Die Redaktion des „Vorwärts“.

## Komödie.

Die Budgetkommission hat am Donnerstag in langer und  
 bedeutungsvoller Sitzung die Generaldebatte über die Marine-  
 vorlage fortgesetzt, um die Beratung schließlich bis nach den Oster-  
 ferien zu verlagern. Zunächst wurde festgestellt, daß die Einnahmen  
 des Reichs unzulänglich zureichen können, wenn außer den Kosten  
 der Marinevorlage auch sonst die Ansprüche an den Reichsfiskus für  
 Heeres-, Kolonial- u. Aufgaben ähnlich wachsen würden  
 wie bisher. Sodann provozierte ein Brief des Freiherrn v. Stumm,  
 den Abg. v. Kardorff vortrug, eine eingehende Besprechung der mono-  
 politisierten Ausbeutungswirtschaft der Waffen-, Munitions-, und Panzer-  
 platten-Fabrikanten. Trotz der Ablehnungsversuche des Freiherrn  
 v. Stumm wurden seine gewinnreiche Beteiligung an den Dillinger  
 Werken, sowie die kolossalen Profite, die er und Krupp aus der  
 Panzerplatten-Fabrikation ziehen, festgestellt, und damit die kürzlichen  
 Kläglichkeiten über diesen Gegenstand bestätigt.

Die Debatte gipfelte in der Besprechung der Deckungs-  
 frage. Die Regierung hat die Kostendeckung in der Weise vor-  
 geschlagen, daß 700 Millionen auf Anleihe genommen werden,  
 während der übrige weit größere Teil der Ausgaben aus den  
 laufenden Einnahmen gedeckt werden soll; sollten die laufenden  
 Einnahmen nicht zureichen, so soll der Anleihebetrag erhöht  
 werden. Das heißt, die Gesamtlast des Marineverhältnisses  
 soll das arbeitende Volk tragen. Denn die Reichs-  
 einnahmen fließen fast ausschließlich aus den indirekten Abgaben,  
 Zöllen und Verbrauchssteuern auf die Lebensmittel des täglichen  
 Bedarfs; auch die Grundlast für die gewaltig anschwellende Schulden-  
 masse soll wie bisher aus dieser indirekten Abgabe gezahlt werden.

Daß die Regierung für dieses ungeheure Steueransehen  
 keine Mehrheit im Reichstag findet, haben bereits die Debatten bei  
 der ersten Lesung der Vorlage im Februar gezeigt. Das Centrum  
 verweigerte eine solche „Lösung“ der Deckungsfrage. In der Budget-  
 kommission ging nun die Beratung dahin, ob sich neue Steuern  
 auffinden lassen, die nicht die unteren Volksschichten belasten. Die  
 Konservativen und Nationalliberalen, die früher ein  
 Eingehen auf die Steuerfrage abgelehnt hatten, weil sie  
 „nicht bremsend“ sei und der Zukunft überlassen bleiben könne,  
 erklären jetzt ihre Bereitwilligkeit, sich an der Erledigung dieser  
 Frage zu beteiligen, da sonst eine Mehrheit für das Gesetz nicht  
 vorhanden sei. Die Abgeordneten vom Centrum hatten die  
 Führung dieser Steuerdebatte. Es zeigte sich weitgehende Ueberein-  
 stimmung unter den bürgerlichen Parteien hinsichtlich Verdoppelung  
 des Lotteriestempels und Einführung einer Steuer auf  
 Sacharin, durch welche auch die Zuckersteuer eine Steigerung  
 erfahren würde. Für diese beiden Steuern erklärte auch der Reichs-  
 sekretär die Genehmigung der Regierung. Aus diesen Steuern  
 sind aber nur geringe Erträge herauszuschlagen; sie genügen nicht  
 im entferntesten für die bevorstehende Steigerung des Marine-Etats.  
 Es wurden deshalb noch mancherlei andre Steuerarten angeregt: Steuer  
 auf Eisenbahnkarten für die erste und zweite Fahrklasse, Konnossement-  
 steuer, Erhöhung der Wärfensteuer. Doch keiner dieser Vor-  
 schläge fand allgemeine Zustimmung, die meisten stießen  
 auf schwere Bedenken bald bei dieser, bald bei jener  
 Partei; dazu konnte auch keine derselben wirklich hohe  
 Steuererträge in Aussicht stellen. Die Regierung gab keine  
 bestimmte Erklärung ab, sondern versteckte sich, besonders hinsichtlich  
 der Steuer auf Konnossemente (Urkunde über Inhalt der Schiffsfracht)  
 hinter der Notwendigkeit, zuvor umfassende statistische Berechnungen  
 vorzunehmen.

Wäre aber auch die Regierung bereit, von diesen Steuer-  
 vorlägen den einen oder den anderen sich zu eigen zu machen, so würde  
 auch damit nicht viel geholfen sein. Das alles sind Sappaliten  
 gegenüber den Riesensummen des Marinegesetzes. Die Centrums-  
 abgeordneten brachten nun eine Erbschaftsteuer auf größere

Vermögen in Vorschlag. Herr v. Thielmann erklärte, mit dieser  
 Steuerart hätten bisher die Regierungen sich nicht befremden können  
 und er stelle keine Möglichkeit einer Sinnesänderung der Regierung in  
 Aussicht. Ueberhaupt verhielt sich der Reichs-Schatzsekretär gegenüber dem  
 Verlangen, daß es Aufgabe der Regierung sei, selbst weitere Steuer-  
 vorläge zu machen, durchaus ablehnend. Darauf gab der  
 Abgeordnete Gröber der Regierung in scharfer Betonung  
 zu verstehen: Wenn die Regierung uns nicht Vorschläge macht,  
 durch welche die Vermehrung der Marinekosten ohne Ausnahme neuer  
 Anleihen zu ermöglichen ist, so ist für uns die Vorlage  
 unannehmbar!

Die Regierung hat nun über Ostern Zeit darüber nachzudenken,  
 ob und wie sie das Verlangen des Centrums befriedigen will.  
 Das Schicksal der Vorlage bleibt bis dahin im Un-  
 gewissen. Wird die Regierung der Not gehorchend den Steuer-  
 wünsch des Centrums entgegenkommen? Wird das Centrum es  
 auf eine Reichstagsauflösung ankommen lassen, oder wird  
 „patriotischer Sinn“ und das Schmecken nach fortdauernder Regierungsgewalt  
 die schwarze Partei zu einem neuen Kuhhandel mit der  
 Regierung verführen?

Der Kuhhandel ist ständige Einrichtung der Centrumpolitik  
 und es ist wohl möglich, daß die jetzige Haltung des Centrums in der  
 Steuerfrage sich schließlich nur als ein Scheinmanöver  
 herausstellen wird. Zeigt doch für eine eindringlichere Betrachtung  
 schon jetzt das Verhalten der Centrumpartei, daß da nur  
 Komödie gespielt wird.

Das Centrum — und andre bürgerliche Parteien ahnen ihm nach —  
 rühmt sich des Säugens der Lebensmittel gegen die ungeheuren  
 Steueransprüche. Aber alle Forderungen, die es an die Regierung  
 stellt, bedeuten nur eine Säugung der unteren Volksschichten für  
 den Fall, daß die bescheidenen Reichseinnahmen nicht zur  
 Deckung des wachsenden Marine-Etats zureichen. Die eigent-  
 liche Hauptsumme, die der Marinismus fordert, soll  
 fürder ebenso wie bisher gedeckt werden aus den  
 Verbrauchssteuern und Zöllen, die auf die arbeitenden  
 Klassen drücken. Einige Duzend Millionen sollen  
 aus den wohlhabenden Kreisen „zusammengekratzt“ werden, die  
 Milliarden werden auch künftig aus der Not des arbeitenden  
 Volks gepreßt. Es soll der Schein erweckt werden, als  
 wolle man die Flottenbegeisterung von den Flottenbegeisterten  
 zahlen lassen. In Wahrheit bedrückt man die arbeitenden Massen, die  
 Gegner des Flottenaufbaus, mit ungeheuren Mehrkosten bedarfs-  
 zahlung für diesen Unfug. Von einer Reichs-Einkommensteuer,  
 die gleichmäßig und in gehöriger Progression die Wohlhabenden und  
 Reichen trifft, die genügend große Summen ergibt, um die Ge-  
 samtlasten der Marinevorlage zu bestreiten, vor dieser einzig  
 rationalen und einzig gerechten Steuer weichen das  
 Centrum und die übrigen bürgerlichen Parteien unter Vorbringung  
 von allerlei Nichtigkeiten voll Entsetzen zurück. Sie erweisen  
 sich, eingebend ihrer obersten patriotischen Pflicht des  
 Geldsack-Schutzes!

### Bericht aus der Budgetkommission.

Zur Debatte steht die Frage nach den bis zum Jahr 1920 zu  
 erwartenden sonstigen Reichsausgaben, die am Mittwoch  
 durch den Staatssekretär Thielmann eingeleitet worden war.

#### Abg. Gröber:

Nach seiner Meinung könne man die Einnahmen einer  
 ferneren Zukunft noch weniger schätzen wie die Ausgaben; ein Ver-  
 gleich mit der Vergangenheit sei hierfür wenig zuverlässig. Wegen  
 der Ausgaben wird man thutlichst zuverlässige Ermittlungen  
 anstellen müssen, das sei früher z. B. bei den Militärvorlagen ge-  
 schehen und werde auch jetzt möglich sein. Er bezweifle, daß man  
 ohne Anleihen werde auskommen können, Ausgaben  
 für Schiffe seien aber nach Meinung seiner Partei zur Uebernahme  
 auf die Anleihe ungeeignet, und man werde sich bemühen  
 müssen, einen Weg für die Deckung zu finden, der  
 die Anleihe vermeide.

#### Abg. Müller-Zulda

benämte gleichfalls, daß man nur eine Uebersicht der Einnahmen  
 für die letzten fünf Jahre bekommen habe, diese fünf Jahre seien  
 zufällig sehr günstig gewesen, greife man weiter zurück, so komme  
 man zu einem viel ungünstigeren Steigerungsdurch-  
 schnitt, während die Ausgaben sehr viel höher gestiegen seien.  
 Inzwischen habe man um der Bilanz willen erhebliche  
 Schulden machen müssen. Wenn auch die Frage zu 8 im  
 Augenblick schwer zu beantworten sei, so werde man dies doch  
 bis zum Wiederausammentritt der Kommission ermöglichen  
 können, und er bitte darum, daß dies geschehe. Für einen  
 Teil der verlangten Angaben seien sichere Grundlagen ja  
 vorhanden, für andre lasse sich die Steigerung voraus-  
 sehen, z. B. für die Kolonien. Alles weise aber jedenfalls  
 auf erhebliche Mehrausgaben hin, welche eine günstige Ver-  
 theilung der Finanzlage erschweren. Ehe man sich jetzt über  
 so große Ausgaben für die Flotte schlüssig mache, müsse man ein  
 sicheres Programm für die Zukunft haben.

#### Staatssekretär Thielmann

erwidert, daß er eine eingehendere Ermittlung in Aussicht gestellt  
 habe, wenngleich eine Garantie für die Zukunft nicht übernommen  
 werden könne. Die Ausgaben für die Kolonien könne man nicht  
 schätzen, das hänge doch auch sehr vom Reichstag ab.

#### Abg. Bebel:

Die Fragen, die das Centrum an die Regierung gestellt hat,  
 erinnern mich an diejenigen Fragen, die man vor Jahren an und  
 über den Zukunftsfloot gestellt hat. Wir lebten es damals ab, die  
 Regierung zu befriedigen, und heute ist die Regierung in der Lage zu  
 erklären, daß sie nicht bis 1920 die Gestaltung der Verhältnisse voraus-  
 sehen kann. Allerdings ist es ein merkwürdiger Widerspruch, daß  
 die Regierung gerade bezüglich der Marine doch so weit in die Zukunft

voranschauen will. Das ist Zukunftsmusik; da weiß niemand, was  
 sich bewähren wird, was nicht. Konnte man doch 1898 nicht einmal  
 auf 2 Jahre hinaus richtig prophezeien.

Die Finanzlage bietet keine günstigen Aussichten. Die letzten  
 5 Jahre zeigen wohl eine jährliche Durchschnittserhöhung der Ein-  
 nahmen von 30 Millionen Mark, aber das waren Jahre der Pro-  
 sperität und sie können nicht als Regel gelten; wenn die wirtschaft-  
 liche Krise kommt, so wird sie Rückschlag über auf die Einnahmen  
 des Reichs. Die Ausgaben aber steigen derweil mit un-  
 heimlicher Schnelligkeit, die Schuldenlast ist ganz kolossal  
 angewachsen. Und für die kommenden Jahre ist ein weiteres Steigen  
 der Armeeaussgaben außer Zweifel. Die 7000 Mann sind noch im  
 Rückstand, diese Rechnung wird Ihnen sicherlich bald präsentiert  
 werden; andre Militärforderungen werden nicht ausbleiben. Auch  
 die Marine-Ausgaben werden noch hinausgehen über das, was die  
 jetzige Vorlage fordert. Wird es denn bei den bisherigen „Flotten-  
 kuppeln“ bleiben? Man will ja überall einsehen und neue  
 Punkte gewinnen. Wir können gar nicht wissen, was alles für An-  
 forderungen an uns herantreten werden. Schließlich soll doch auch  
 einmal etwas für Kulturaufgaben ausgegeben werden.

Interessant war es mir, gestern aus den Ausführungen des Herrn  
 Staatssekretärs zu entnehmen, daß die Biersteuer als Quelle  
 wesentlich höherer Einnahmen angesehen sei. Und  
 doch fällt die Biersteuer unter die Klausel des § 8 des Flotten-  
 gesetzes.

#### Staatssekretär Thielmann:

Ich habe nicht eine Erhöhung der Biersteuer in Aussicht gestellt.  
 Ich habe die Biersteuer nur als eine Zukunftreserve für eine be-  
 sonders schwierige Situation bezeichnet.

#### Staatssekretär Tirpitz:

Ich möchte Herrn Bebel erwidern, daß dem Marine-Amt nichts  
 davon bekannt ist, daß weitere Flottenkuppeln in Aussicht ge-  
 nommen sind. (Abg. Bebel: Ja, Sie haben darüber auch gar nichts  
 zu sagen!)

#### Abg. v. Kardorff (H.):

Wenden Sie doch auf England. Dort bringt man die neuen  
 Steuern sofort auf. Auch wir müssen uns mit dem Mut, zu  
 zahlen, andrücken. Es geht um mal nicht ohne neue  
 Steuern; wir werden schon solche Steuern finden, die selbst Herrn  
 Bebel genehm sein können.

#### Abg. Büsing (nacl.)

betont, die Bindungsklausel des alten Gesetzes werde durch die  
 Novelle keineswegs berührt; bezweifle man das, so müsse  
 es hier klargestellt werden. Wollte man sie aufheben, so lasse sich  
 weiter reden, aber man müsse darüber Klarheit schaffen.

Die Debatte wendet sich zu Frage 9:  
 „Sind die veränderten Regierungen geneigt, die alsbaldige  
 Anlage eines Rüststahl-Panzerplatten-Werks zur  
 Herstellung des gesamten Panzermaterials für die deutsche Kriegs-  
 flotte auf Rechnung des Reichs in Erwägung zu ziehen?“

#### Abg. v. Kardorff (freilos):

verliest einen Brief des Freiherrn v. Stumm, wonach dieser  
 mit der Panzerplatten-Fabrikation gar nicht beschäftigt sei. Beim  
 Dillinger Werk sei er nur mit einem Anteil der Aktien beteiligt und  
 seine Thätigkeit beschränke sich auf gelegentliche Materieileitung und den  
 Vorsitz im Aufsichtsrat. Von den hohen Gewinnen, die in der Presse an-  
 gegeben würden, sei keine Rede. Der Verkaufspreis des Plattenmaterials  
 für die Neubauten der Vorlage werden nur 118 Mill. Mark betragen  
 und höchstens die Hälfte davon könnte Unternehmergewinn sein. Die  
 riesigen Unkosten und die häufigen Verbesserungen des Materials  
 beeinflussten den Gewinn in hohem Maße. Wollte die Marine ihm  
 das neue Objekt anbieten, so werde er dasselbe um des hohen  
 Risikos willen ablehnen. Die Preise der Panzer seien stehen-  
 geblieben trotz Steigerung der Löhne und des Materials.

#### Abg. Müller-Zulda (C.):

Die Angabe v. Stumms sei doch nicht ganz zutreffend.  
 Er habe die Ertragsbauten nicht mitberechnet; diese inbegriffen wird  
 die Ausgabe für Panzermaterial 200 Millionen betragen, der  
 Gewinn also sich auf 130 Millionen stellen. Die Zeitungs-  
 nachrichten sind also ziemlich richtig. Die Frage ist nun, ob der  
 Staat nicht solche Panzerplatten selbst fabricieren und so  
 viel Geld sparen könnte? Ferner ist zu fragen, ob die Platten  
 der alten Schiffe nicht noch gebraucht werden können. Lassen sich  
 nicht andre Industrielle für die Fabrication des Panzermaterials  
 heranziehen?

#### Staatssekretär Tirpitz:

Die alten Panzerplatten hat man bisher nicht wieder verwerten  
 können mit Rücksicht auf die inzwischen eingetretenen technischen Ver-  
 besserungen. Die Uebernahme der Fabrication auf den Staat bedeute  
 eine ungeheure Vermehrung und Erweiterung des ganzen Ver-  
 waltungskörpers, die Konkurrenz mit der Industrie werde dieses  
 Unternehmen sehr kostspielig machen; ein solches Unternehmen passe  
 nicht in das ganze staatliche Verwaltungssystem. Ob Krupp's Ver-  
 dienst wirklich so groß sei, lasse sich in keiner Weise feststellen; die  
 Preise seien nicht zu hoch; vergleiche man dieselben mit sonstigen  
 Preisen der Eisenindustrie, so gelange man zu dem Schluss,  
 daß die Gewinnangaben der Presse übertrieben seien.  
 Für die Steuerzahler werde die Verstaatlichung der Fa-  
 brication nicht vorteilhaft sein, denn im ganzen arbeite die  
 Privatindustrie überall billiger. Gerade im gegenwärtigen Moment  
 könne die Marine das Risiko der Verstaatlichung nicht übernehmen,  
 jedenfalls werde er dazu nicht raten können. Die Marine werde  
 aus dem ihr bewilligten Geld machen, was sie nur irgend könne.  
 Bewillige der Reichstag die Novelle, so werde diese Sicherheit allein  
 die Preise bedingen, denn dadurch werde die Amortisationsquote ge-  
 ringter. Seien die Gewinne wirklich so hoch, so würden sich Kon-  
 kurrenten von selber finden.

#### Abg. Graf Stolberg (L.)

Unsre Lage gegenüber dem Panzerplatten-Monopol ist gewiss  
 unangenehm. Aber das vorgeschlagene Mittel der Verstaatlichung  
 ist nicht durchführbar. Krupp muß auch für das Ausland liefern,  
 wenn er das Unternehmen auf der Höhe halten soll. Das kann aber  
 eine staatliche Werkstatt nicht.

Abg. Bebel:

Gegen diese Verstaatlichung bin ich durchaus, denn dadurch würden nur Mehrbewilligungen an steigendsten erwachsen. Die Marineverwaltung befindet sich da allerdings in einer schwierigen Lage, sie ist geradezu in der Gewalt eines ungeheuren Rüstens, der seine Fingerringe ausstreckt, aus denen sie sich nicht befreien kann. Es besteht ein Monopol für alle Militär- und Marineleistungen, ein großer Ring, dessen Mitglieder den Gewinn wechselseitig unter sich verteilen; sie geben sich Abschlüsse, damit einer den andern nicht unterdrückt. Die Marineverwaltung muß die Preise betwähigen, die ihr diktiert werden.

Freiherr v. Stumm's Brief bestätigt, was in der Presse gesagt worden ist. Herr v. Stumm's Beziehungen zum Dillinger Werk sind sehr intime, er ist Vorsitzender des Verwaltungsausschusses, er trifft in allem die oberste Entscheidung. Dillinger-Werk und Krupp hatten die Preise hoch.

Wie ist es denn mit den Geschützpreisen? Krupp soll erst 4800 M. für das Geschützrohr gefordert sein und dann, als Konkurrenz auftrat, auf 1000 M. herabgegangen sein! Man betrachte doch die Riesenpreise der Waffen- und Munitionsfabriken, die in einem Verband sich zusammengeschlossen haben. Da sind Dividenden von 18 und 24 Proz.; dabei verbleibt man die Aktien, um den wirtlichen Profit zu veranschaulichen. Die in 1874 an Dividenden dieser Fabriken gehen wahrscheinlich über 50 Proz. hinaus.

Abg. Richter:

Was die Preismenge betrifft: über Dillinger und Herr von Stumm gebracht, erhalte er aufrecht, er habe darüber zuverlässige Erkundigungen empfangen. Das Entscheidende sei, daß die einzigen Werke, welche Panzerplatten liefern, sich lokalisiert hätten und um jede Konkurrenz befreit sei; die Heeres- und Marineverwaltung siehe hier machtlos unter der Herrschaft eines „Allingels“. Eine Konkurrenz werde man herbeiführen vermögen, wenn man nur recht wollte. Die Armeeverwaltung sei in dieser Hinsicht viel eifriger bemüht als die Marine. Durch die Novelle erlange die Frage eine ungeheure Bedeutung; der Staatssekretär möge seine Darlegungen in die Form einer Denkschrift fassen, damit man in der Öffentlichkeit der Sache auf den Grund gehen könne. Daß die Verstaatlichung für die Marineverwaltung unannehmlich sein werde, glaube er wohl, aber das genüge nicht, um von dem Gedanken von vornherein abzusehen.

Abg. v. Kardorff:

weist auf Krupp's Verdienste um die deutsche Industrie hin; das Werk habe schwere Zeiten durchgemacht, man möge ihm seine jetzige Blüte gönnen.

Staatssekretär Tirpitz:

Die Lage der Marine in der vorliegenden Frage sei viel schwieriger als diejenige der Armee, ihre Objekte seien sehr viel größer, er müsse es ablehnen, daß die Marine viel weniger um die Konkurrenz bemühe, als jene. Was sie habe thun können, sei geschehen, er werde weiter gehen, sobald die Sachlage dies gestatte; auch er müsse Krupp's Verdienste um Deutschlands Industrie rühmend hervorheben und bestätigen, daß das Werk anfangs nur ungern an die Panzerfabrikation herangetreten sei.

Abg. Prinz Arenberg (C.):

vermag einem staatlichen Werk nicht das Wort zu reden im Hinblick auf das Risiko und die technischen Fortschritte. Das Beamtenpersonal werde gar nicht zu bezahlen sein, denn man könne hierin mit der Privatindustrie in keiner Weise konkurrieren.

Abg. Baasche (natl.):

Auch ihm scheine möglichste Klarstellung erwünscht, hierin stimme er Richter zu. Er glaube nicht an die so großen Profite, welche das Ausland etwa weniger, seien dort die Schiffe billiger? Dann möge man doch einmal im Ausland bauen, das werde den stärksten Druck auf den „Allingel“ und die „Polypenarme“ ausüben. Krupp und ähnliche Firmen seien durch ihre Leistungen groß geworden. Gegen Staatsfabriken werde er sich so lange als möglich wehren, da sie theurer und nicht besser arbeiteten.

Staatssekretär Tirpitz:

will versuchen, größere Arbeit zu schaffen, obwohl dies schwierig sei. Andre Staaten zahlten keine geringeren Preise als wir, für England könne er dies im Augenblick bereits nachweisen, dort sei das Panzermaterial etwas teurer.

Abg. Müller-Fulda (C.):

Nach einer Aeußerung des englischen Ministers Goschen lösten die englischen Kriegsschiffe 20 Proz. weniger als unsere. Das wäre bei der Flottenvergrößerung eine Ersparnis von 25 Millionen, dafür könnten wir schon wieder 10 große Schiffe bauen.

Staatssekretär Tirpitz:

Die Aeußerung Goschen's kenne ich wohl. Wenn die englischen Schiffe billiger sind, so liegt dies vielleicht daran, daß Englands Industrie älter und leistungsfähiger ist, als die unsere, und das Material in Eisen und Kohlen bequemer zur Hand liege. Wenn unsere Industrie wie zur Zeit immer mehr erstarke, würde die günstigere Konkurrenz wahrscheinlich auf die Preisbildung von Einfluß sein.

Abg. Bebel:

Ein Vergleich zwischen Inland und Ausland sei schwer. Der Ruhm, daß wir die besten Waffen fabrizierten, sei problematisch, das internationale Kapital habe diese Fabrikation großzügig gefördert. Er wundere sich über Baasche's Auffassung, der „Allingel“ sei gar nicht in Rede zu stellen. Redner weist dies im einzelnen nach und verlangt Auskunft, ob Krupp's Schießplatz nicht Staatseigentum und an die Firma verpachtet sei.

Abg. Graf Stolberg:

Wenn das Inland wirklich abnorm hohe Preise fordere, möge man es mit dem Ausland versuchen.

Staatssekretär Tirpitz:

Man habe ein Torpedoboot in England bauen lassen, das selbe sei teurer und weniger gut gewesen als die deutschen; die auswärtige Industrie werde man außerdem nicht so gut überwachen können, wie dies im Inland möglich sei.

Abg. Baasche:

wendet sich gegen Bebel, dessen Angaben er zurückzuweisen versucht. Die von Müller-Fulda angegebenen englischen Preise erklärten sich zum Teil auch aus der sehr sorgfältigeren viel deutschen Arbeit, wie dies auch das von dem Herrn Staatssekretär angeführte Torpedoboot erkennen lasse. Die deutschen Schiffe würden dauersfähiger sein.

Abg. Freie:

hält die Diskussion für an sich donnerswert, er hoffe, daß die Regierung den gegebenen Anregungen Folge leisten werde. Die Annahme der Novelle werde die Konkurrenz anregen und steigern, die Regierung möge derselben die Wege ebnen. Die englischen Preise seien nicht billiger, wenn man gleich gute Arbeit wie in Deutschland fordere. Für staatliche Fabriken habe er wenig übrig, es sei besser, mit der Privatindustrie zu arbeiten.

Hierauf wird dieser Punkt verlassen, und es tritt eine Pause von einer Stunde ein.

Um 2 Uhr wird die Sitzung wieder aufgenommen bei der Frage 10:

„Welche neuen Steuern schlagen die verbündeten Regierungen unter Aufrechterhaltung des im Artikel 8 des Gesetzes vom 10. April 1898 festgestellten Grundsatzes zur Dedung der Kosten der geplanten Flottenvergrößerung vor?“

Abg. Müller-Fulda (C.):

Die bloß negative Festsetzung des 98er Gesetzes könne nicht mehr genügen, da große Festsetzung der Ausgaben sicher sei. Wenn auch nur ein größerer Teil der Vorlage angenommen werden sollte, so geht es mit den bisherigen Einnahmen nicht mehr. Sollten wir etwa neue Steuern einführen, doch nicht brauchen, so können wir sie ja wieder aufheben. (Heiterkeit) Wenn die Regierung uns jetzt

Steuervorschläge macht, so entsehe der Schein, als ob sie sich mit ihren wahren Steuerplänen nicht hervortraue, z. B. mit einer Tabakfabrik- oder Biersteuer.

Staatssekretär Thielmann:

Bis jetzt können neue Steuern nicht nötig, doch könne man die Frage immerhin akademisch erörtern. Zunächst scheine der Lotteriestempel ein passendes Objekt; gegen dessen Verdoppelung würden die verbündeten Regierungen nicht einwenden. Aufgebende Zünftler erwiderten das Spielverbot in fremden Lotterien nach dem Vorgehens des Reiches für wehrfähig, die Erhöhung des Lotteriestempels werde also eine Freizügigkeit der Looße nach sich ziehen. Das die Spiellust darunter leiden werde, sei wohl nicht zu befürchten. Dieser Stempel schiene demnach eine gute Aeußerung.

Ein zweites Objekt sei das Saccharin, die Besteuerung desselben scheine unannehmlich, das Extraktum vermöge er nicht zu schätzen, wahrscheinlich werde sich dadurch der Zuckerverbrauch erhöhen. Diese beiden Objekte, die etwa 20 Millionen pro Jahr geben würden, deckten einzuweilen den Mehrverbrauch. Weitere Vorschläge machte er zur Zeit nicht machen. Ob sich eine Steuer auf Konnossemente einführen lasse, könnten erst fortwährende Erörterungen ergeben. Für diese Session könne er also Vorschläge nicht in Aussicht stellen, doch schätze dies eine akademische Erörterung nicht aus.

Abg. Graf Stolberg:

findet, daß hier die Rollen zwischen Regierung und Reichstag umgekehrt seien; da indessen die Dedungsfrage als Voraussetzung der Vorlage erscheine, habe er gegen die Erörterung derselben nichts. Auch er lasse ge den Lotteriestempel und das Saccharin als Steuerobjekte vor. Er wünsche, daß die ganze Dedungsfrage einer Subkommission überwiesen werde.

Abg. v. Kardorff:

bemerkte zur Bindungsklausel, daß diese nach seiner Meinung von unrichtigen Voraussetzungen ausgehe. Die ganze Nation in ihrer Gesamtheit bilde die „starken Schultern“, und den Hauptvorteil von der Novelle hätten die Arbeiter; die Landwirtschaft werde darunter leiden. Er halte neue indirekte Steuern für ganz erwünscht, doch sehe er von Vorschlägen ab, da er die Stimmung des Reichstags kenne. Er schlage eventuell einen Fahrkartensempel für die erste und zweite Klasse der Eisenbahnen vor; derselbe werde 25 Millionen bringen; die Einzelstaaten würden sich fügen können und müssen.

Abg. Müller-Fulda:

ist bezüglich der indirekten Steuern anderer Ansicht. Die Fahrkartenssteuer werde man beim Widerstand der Bundesstaaten nicht durchzuführen können. Gegen Lotterien- und Saccharinsteuern werde er nichts sagen. Auch eine Konnossementsteuer werde man ausarbeiten können, wenn auch statistische Grundlagen fehlten. Wenn man lange Statistiken machen wolle, so entsehe der Zweifel, ob die Regierung überhaupt die ernste Absicht hat, die Steuerfrage zu fördern. Zudem diese Steuer den Handel treffe, falle sie auch auf die Interessenten der Flottenvergrößerung und sei auch dadurch empfehlenswert. Auch ein Stempel auf Schiffsfahrkarten sei nicht ohne Belang und ein gutes Steuerobjekt; ebenso könne man den Börsestempel noch besser ausgestalten und daraus größere Erträge erzielen; auf diese Weise könne man dem Fiskus einen Anteil an dem Ansehensgewinn sichern. Endlich sei der Umzug in Augen immer noch stempelfrei, diese Lücke könne man ohne weiteres ausfüllen; insgesamt seien so 36 Millionen mehr leicht zu erzielen.

Abg. Büsing:

ist bezüglich der indirekten Steuern der Ansicht v. Kardorff's. Die ganze Nation sei an der Flottenvergrößerung beteiligt, deshalb solle man die Steuern nicht besonders Interessenten aufzuliegen verlangen. Bezüglich der Dedungsfrage an sich sei er mit dem Staatssekretär des Reichsausschusses einverstanden. Derselbe sei nicht bezüglich einer Stellungnahme zu einzelnen Vorjäten behalte seine Vorurteile vor. Er sei gegen jede Erhöhung des Handels, man werde durch eine schwere Besteuerung den Seehandel von Deutschland abdrängen, während eine moderate Besteuerung nichts einbringe. Für einen Fahrkartensempel zur See und zu Land sei er durchaus zu haben, derselbe werde gute Einnahme mit sich bringen und sei technisch höchst einfach. Für die wohnhaften Leute werde dieser Zuschlag keine Rolle spielen. Der Börsestempel entfalle nicht seinen Auffassungen, eine Besteuerung ausländischer Papiere werde Gegenmaßregeln nach sich ziehen; diese Steuer biete auch große technische Schwierigkeiten. Wollte man in die Dedungsfrage hineinsteigen, so möge man zunächst eine Subkommission berufen.

Abg. Gröber (C.):

kritisiert die Büsing'schen Darlegungen. Es gebe allerdings besondere Interessenten der Flottenvergrößerung, die auch eine besondere Belastung vertragen können. Die Erörterung sei doch nicht rein akademisch aufzufassen. Wir machen mitre Stellung zum ganzen Gesetz abhängig von der Dedungsfrage. Wir wollen nicht, daß der allgemeine Massenverbrauch getroffen werde. Beschließen wir aber jetzt die Entscheidung, dann werde man später bei jedem Steuervorschlag alle möglichen Schwierigkeiten vorbringen und es wird zur Erhöhung der Materialarbeit kommen. Wir wollen so hohe Anleihen auf jeden Fall vermieden sehen. Wir verlangen einen ernsthaften Versuch, die Kosten aus laufenden Mitteln zu decken.

Redner bezieht hiernach die einzelnen regelrechten Steuerpläne und lehnt seinerseits den Fahrkartensempel ab, der beispielsweise für Württemberg keine Sympathien begegnen würde. Bezüglich des Börsestempels ist er der Ansicht von Müller-Fulda, auch gebe es noch Zugussartikel, welche höheren Zoll tragen könnten. Alle diese Steuern würden aber dem Bedürfnis nicht entsprechen, man brauche eine große Ergänzungsteuer. Hier biete die Steuerreform des Reichs ihre großen Schwierigkeiten, als geeignetes Objekt erscheine eine Reichs-Erbchaftsteuer, beschränkt auf größere Vermögen und die reine Vererbung, doch müsse man andererseits auch die Descendenten heranziehen, in andern Staaten bringe eine solche Steuer ganz bedeutende Erträge.

Staatssekretär Thielmann:

erwidert, ohne ausreichendes statistisches Material könne die Verwaltung keine zuverlässigen Steuerprojekte ausarbeiten. Er habe die Projekte genannt, welche bisher erwogen seien und auf welche die verbündeten Regierungen eingehen würden; hierzu gehöre auch der Stempel für Seepassage; ein Stempel auf Landpassage sei ihm neu. Die Reichs-Erbchaftsteuer sei vielfach erwogen, doch habe sie wenig Zustimmung gefunden. Es sehe dem Reich eine Organisation für ihre Erhebung, dieselbe treffe die Landwirtschaft, wie immer die Steuer veranlagt werde, am schwersten, da ihr Vermögen nicht liquide sei. Der Erbe werde das Geld für die Steuer aufnehmen müssen; namentlich deshalb wolle Preußen darauf nicht eingehen.

Abg. Freie:

hält eine Vermögenssteuer nicht für undurchführbar; die Erbschaftsteuer sei für ihn gleichfalls nicht unmöglichbar. Bei neuen Steuern müsse man deren socialpolitische Wirkung in erster Linie in Betracht ziehen, dies spreche gegen die indirekten Steuern. Gegen eine Konnossementsteuer sei man in Bremen schon deshalb nicht damit der Behauptung die Spitze abgedreht worden, der Handel wolle nur die Vorteile, nicht aber die Kosten der Flotte tragen. Er denke etwa an 1/2 Proz. für Konnossemente; viele Millionen müssen Sie allerdings nicht daraus ziehen wollen.

Abg. Bebel:

Es herrscht allseitiges Einverständnis, daß § 8 des 98er Gesetzes volle Gültigkeit behält, daß neue Steuern auf den Massenverbrauch auch insolge dieser Vorlage nicht gelegt werden dürfen. Nun ist die Frage, ob es angeht, sei, die Interessenten, die den größten Vorteil haben, besonders zu besteuern. Ich halte dieses Verlangen für unberechtigt. Wenn die Flotte das Land schützen soll, so ist das eine allgemeine Angelegenheit der Gesamtheit, die

alle die Armee bezahlen, so auch die Flotte. Aber natürlich muß dabei dem Grundjah Rechnung getragen werden, der aller Steuererhebung zu Grunde liegen soll, daß diejenigen, die das meiste besitzen, die am meisten unterliegen, auch an der Aufrechterhaltung des Ganzen, auch am meisten beitragen müssen. Dann kann aber nur eine Einkommen- oder Vermögenssteuer in Betracht kommen, wie wir sie hier gefordert haben. Man fränkt sich hiergegen aufs heftigste, man sagt, es sei undurchführbar, aber wenn man nur wollte, ginge es recht gut.

Die Steuern, die Sie hier vorgeschlagen haben, sind teils ohne rechten Erfolg, teils ungerichtet. Herr Freie will die Opferwilligkeit der Kaufleute damit beweisen, daß sie eine Steuer auf Konnossemente sich gefallen lassen wollen. Aber er sagt selbst sofort: Sie darf aber nicht hoch sein. Herr Bismarck nannte das einmal eine „Ankandsteuer“. Wenn Sie die Steuern auf den Verkehr legen, so wälzt der Kaufmann sie doch wieder auf das Publikum ab, das sie dann in Preise der Ware mitbezahlen muß. Die Fahrkartenssteuer kann ich nicht billigen, sie würde den Geschäftsmann, der im Verkehr oft reisen muß, ungerecht belasten; wir wünschen Tarifermäßigungen auf der Eisenbahn, aber nicht Verteuerung. Ich warne auch vor Verdoppelung des Lotteriestempels, denn wenn damit zugleich das Verbot, auswärtige Lose zu verkaufen, fällt, wenn die „Freizügigkeit“ der Lotterien kommt, dann wird eine ungeheure Ueberfluthung mit Looßen stattfinden; eine heftige Konkurrenz der Lotterienanstalten wird eintreten. Sie werden gegen den Spieltempel der Kaiser erläßt Bestimmungen gegen das Spielen, und hier wollen Sie von Staatswegen diese häßliche Erscheinung fördern. Sie sollten doch wenigstens moralischere Mittel anwenden für Ihre herrliche Flotte.

Abg. Baasche:

konstatirt gleichfalls die Aufrechterhaltung der Bindungsklausel, man müsse jedenfalls die leistungsfähigeren Schultern nach Maßgabe ihrer Kraft treffen. Im Steuern auf Vorrat handle es sich hier nicht, man müsse im Hinblick auf die Anleihenwirkung jedenfalls neue Steuerquellen erschließen. Die Anleihenpläne der Novelle verhorresciere er, habe man entsprechende Steuern, so werde man auch zur Schuldentilgung gelangen. Steuerobjekte seien, das beweise die heutige Debatte, ausreichend vorhanden. Redner votirt seinerseits für Konnossement- und Börsesteuer, auch der See-Fahrkartensempel sei ein passendes Objekt; eine Zugusssteuer z. B. auf Selt werden 5 Millionen einbringen, besonders direkte Steuern seien daneben nicht nötig und gegenüber der Steuerreform des Reichs nicht durchführbar.

Abg. Graf v. Rindowström (L):

Die direkten Reichssteuern könne er nicht gutheißen, vor allem nicht die Erbschaftsteuer, welche die Landwirtschaft in untragbarer Weise treffen werde. Gegen die übrigen Projekte habe er nichts einzuwenden.

Abg. Richter:

meint, daß die heutige Debatte dem Lande die Augen über die wahre Bedeutung der Vorlage öffnen werde. Er bezieht die einzelnen Vorschläge, Steuern auf Vorrat enthielten dieselben jedenfalls, dasgehe eine Reichssteuer vorzuziehen vermöge, diese Klippe, weil man sie jetzt nur principiel beschließen und später quotifizieren könne; sie bilde die beste Barrikade zum Schutz der schwachen Schultern und man könne sie wie die Bindungsklausel ins Gesetz aufnehmen. Eine Erbschaftsteuer schließe die Quotifizierung aus und sei deshalb weniger praktikabel.

Abg. Prinz Arenberg:

Die Bindungsklausel sei conditio sine qua für die Annahme des Gesetzes. Die Erbschaftsteuer habe große psychologische Vorzüge, in Belgien empfinde sie niemand als eine Last, auch die Landwirtschaft werde sie tragen können, wenn sie nur technisch richtig behandelt werde. Wisse man nunmehr, daß der Reichstag die Anleihe nicht wolle, so könne das Schicksal sich über neue Steuerprojekte schlüssig machen; er hoffe beim Wiederkommen der Kommission die Vorschläge der verbündeten Regierungen zu hören.

Abg. Singer:

konstatirt gegenüber einer Bemerkung des Abg. Baasche, daß er nicht für Erhöhung des Lotteriestempels einträte. Er habe vielmehr das Verbot der Lotterien befürwortet. Am besten ist eine Einkommensteuer, denn Vermögens- und Erbschaftsteuern treffen viele nicht, die ein erhebliches Vermögen haben und beitragen können; da seien zum Beispiel die Flottenprofessoren, die von ihrem Einkommen gewiß gern etwas für die Flotte abgeben würden. (Heiterkeit) Keine Partei lehnt es ab, in eine Subkommission zu gehen. Wir denken nicht daran, das neue Steuerbouquet mit zuzuzumachen, da wir schon aus principielle Gründen die Vorlage völlig ablehnen.

Abg. Gröber:

Auch ich bin gegen eine Subkommission. Es ist Sache der Regierung, uns eine Steuerreform zu machen. Auch uns sind die besprochenen Steuern durchaus nicht sehr angenehm, auch nicht die von mir vorgeschlagene Erbschaftsteuer (Zuruf) — Sowohl, die ganze Vorlage ist mir gar nicht sympathisch! Wenn die Regierung nicht irgend einen gangbaren Weg in der Steuerfrage findet, so werden Sie die Konsequenzen erleben!

Damit wird die Beratung über die Steuerfrage geschlossen. Die Erörterung des Restes des Müller-Fulda'schen Antrags wird dem Wiederkommen der Kommission vorbehalten, welcher am 25. April stattfinden soll.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. März.

Abgeordnetenhaus.

Das preussische Abgeordnetenhaus beschloß am Donnerstag zunächst die Interpellation Baensch-Schmidlein (H.): „Welche Maßregeln gedenkt die Regierung zur Beseitigung der immer schwerer empfundenen Mißstände und Ungerechtigkeiten in Bezug auf die Unterhaltungspflicht der Volksschulen zu ergreifen?“

Fast alljährlich hat sich das Haus über die Frage der Schulunterhaltungspflicht unterhalten und die Regelung dieser Angelegenheit gefordert. Die Ansichten gingen nur insoweit auseinander, als die liberalen Parteien und die Freikonservativen ein besonderes Gesetz verlangten, während die Konservativen und das Centrum darauf bestanden, daß diese Frage im Rahmen eines allgemeinen Volksschulgesetzes auf konfessioneller Grundlage geregelt werden möge. Das Centrum beharrte auch heute wieder auf dieser Forderung, während die Konservativen erklärten, zwar ihren principielle Standpunkt nicht geändert zu haben, aber doch mit einer besonderen Regelung der Schulunterhaltungspflicht einverstanden zu sein.

Minister Studt erklärte, die Regierung sei bereit, im nächsten Etat 10 Millionen zur Verfügung zu stellen, um bestehende Härten auf dem Gebiet der Schulunterhaltungspflicht zu mildern. Außerdem werde die Regierung eine Statistik der Gemeindebelastungen für öffentliche Zwecke ausstellen, um zu sehen, ob große Ungleichheiten in den verschiedenen Gemeinden bestehen. Sie werde dann erwägen, ob ein weiteres gesetzliches Vorgehen notwendig sei, um überhaupt die gesamten öffentlichen Lasten der Gemeinden und damit auch die Schulunterhaltungspflicht zu regeln, aber sie müsse an der Ansicht festhalten, daß die Schulen von den Kommunen zu unterhalten seien und daß der Staat nur da einzutreten habe, wo es wirklich notwendig sei.

In der Debatte traten neue Momente nicht zu Tage. Hierauf nahm das Haus in dritter Lesung die Sekundärbahn-Vorlage an, erledigte in erster und zweiter Lesung den Gesetzentwurf, betreffend die Erweiterung des Stadtkreises Stettin, und in zweiter Lesung den Gesetzentwurf, betreffend **Änderung der Kreisordnung** für die Provinzen Ost- und Westpreußen, Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen. Ein hierzu gestellter Antrag der Freisinnigen bezweckte, daß für die Kreise Teltow und Niederbarnim die Beschränkung des § 80 der Kreisordnung in Fortfall kommen soll, wonach im Kreisstag die Zahl der städtischen Abgeordneten die Hälfte der Kreisstadtmitglieder nicht überschreiten darf. Der Antrag wurde abgelehnt.

Schließlich gelangte noch der Gesetzentwurf betreffend die Polizeiverwaltung in den Stadtkreisen Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf zur Annahme unter Ablehnung eines Antrags Kreitling (freif. Vp.) und Genossen, wonach der Bezirksausschuß zu Berlin um zwei Mitglieder aus den Gemeinden Charlottenburg, Schöneberg und Niddorf verstärkt werden soll, die bei denjenigen Entscheidungen mitwirken sollen, die polizeiliche Angelegenheiten aus den Vororten betreffen.

Bei der Beratung dieses Gesetzentwurfs lieferte Abgeordneter Dr. Arendt (fr.) bestellte Arbeit, indem er die Regierung anfragte, ob wirklich, wie Bebel neulich im Reichstag behauptet habe, ganz Berlin wisse, daß die Verfassungskämpfer in der Siegesallee in den Kreisen der gebildeten Jugend zu suchen seien. Minister Jhr. v. Rheinbaben gab sofort die gewünschte Auskunft. Er halte den Vorwurf Bebel's für ganz ungeheuer. Leider liege über die ganze That noch ein unauflösliches Dunkel. Für die Behauptung Bebel's liegen absolut keine Anhaltspunkte vor, im Gegenteil, es sprechen sogar gewisse Momente dagegen. Daß Studierende der technischen Hochschule die That begangen haben könnten, sei ein völlig grundloser Verdacht. Es sei auch nicht wahrscheinlich, daß junge Leute im Uebermut oder im Wahnwitz die That begangen haben, aller Voraussicht nach habe man es hier mit einer wohl überlegten That zu thun. Mit Entschiedenheit weise er den Vorwurf zurück, daß die Polizei die Thäter nicht verfolgt habe, weil sie den besseren Ständen angehören. Wir seien in Preußen gewohnt, Recht und Gerechtigkeit gegen jeden zu üben ohne Ansehen der Person und des Standes.

Man wird ohne weiteres zugeben, daß diese Nebenarten des Ministers absolut nichts gegen die Behauptung unfreier Genossen beweisen. Um so mehr hat der Minister Veranlassung, das Dunkel, das über den Thäter schwebt, endlich zu lichten, damit die Öffentlichkeit erfährt, von wem die That begangen ist. Wie erinnerlich, sprechen alle Umstände der That für einen in der Trunkenheit verübten Studentenstreich.

Morgen wird das Haus noch einige kleinere Vorlagen beraten und dann in die Ferien gehen.

### Die Staatsräumung im Herrenhaus.

Das Herrenhaus hat am Donnerstag die Beratung des Staatshaushalts begonnen, für die volle zwei Sitzungen in Aussicht genommen sind. Auch das ist noch Zeitverschwendung. Denn das Herrenhaus hat nur das Recht, den Etat im ganzen anzunehmen oder abzulehnen, es darf aber keine Position ändern. In diesem Jahre hat das Haus verweigert, seine Rechte zu erweitern, indem es nicht großer Mehrheit die Regierung in Form einer Resolution erlaubte, zur Wahrung der Integrität des Herrenhauses darauf Bedacht zu nehmen, daß Remanlagen, für welche erhebliche Aufwendungen in mehrfachen Jahresbeträgen erforderlich werden, nicht nur durch Einstellung in den Etat, sondern durch besondere Gesetzentwürfe dem Landtage vorgelegt werden. Das das Haus mit dieser Resolution bezweckt, darüber sind sich die Herren offenbar selbst nicht recht klar, denn daß es wirklich, wie Herr v. Levetzow meinte, einmal in die Verhinderung kommen könnte, den ganzen Etat abzulehnen, davon kann doch bei einer so patriotischen Körperschaft keine Rede sein. Ganzlich scharf wies Minister Dr. v. Miquel auf das Unnütze einer solchen Resolution hin, aber vergebens, die Herren beharrten auf ihrem Kopf, um der Regierung auch einmal zu zeigen, daß sie keine bloße Ja-Sage-Maschine bilden. Daß die Regierung dieser Resolution Folge geben wird, ist nach der Miquel'schen Erklärung anzuschließen.

Somit haben die Herren an dem Etat nichts anzusehen. Nur darüber wurde charakteristischweise in der Kommission Klage geführt, daß nicht genug für Pferdereformen angeworfen sei. Die Regierung hat denn auch versprochen, den hierfür angeworfenen Prämienfonds von 210 000 auf 230 000 M. zu erhöhen.

Bei einem so weitgehenden Entgegenkommen der Regierung ist es kein Wunder, daß das Haus sich dankbar erwiebt und von einer Generaldebatte Abstand nahm, obwohl Graf Mirbach erklärte, man dürfe aus dem Schwelgen seiner Freunde nicht etwa den Schluß ziehen, als seien sie mit allen Vorgängen der letzten Zeit einverstanden. Eine große Anzahl von Special-Etats wurden gleichfalls debattiert, erledigt, nur beim Etat der direkten Steuern entspann sich eine interessante Debatte über angebliche Härten in der Steuerveranlagung. Graf von Helldorf, Schmeuzin und Graf Mirbach jammerten um die Wette darüber, daß es jetzt nicht mehr so leicht ist, den Fiskus zu hinterziehen, wie vor dem Erlaß des neuen Einkommensteuer-Gesetzes. Letzterer machte der Regierung sogar allen Ernstes den Vorschlag, sie möge den Wert der Güter in Zukunft nach der Höhe der gezahlten Einkommensteuer bemessen. Ein wahrhaft genialer Plan! Dann können die Herren Agrarier den Staat doppelt demogeln, einmal bei der Deklaration ihres Einkommens und zweitens bei der Veranlagung zur Ergänzungsteuer. Leute wie der Führer des Bundes der Landwirte, Reichert v. Wangenheim, würden dann zum Beispiel überhaupt keine Steuern bezahlen. Einkommensteuer bezahlt dieser Herr bekanntlich schon heute nicht, und da ihm sein Gut angeblich nichts einbringt, so dürfte er auch nicht zur Ergänzungsteuer herangezogen werden. Man sieht, die Junker verstehen sich aufs Geschäft. Aber der Finanzminister, so gern er auch sonst seinen Freunden einen kleinen Dienst erweist, kann ihnen in dieser Beziehung nicht helfen. Mit einer Energie, die man lange nicht an ihm bemerkt hat, wenn es geht, agrarischen Hochmut einzudämmen, wies er nach, wie gerade die Reichen durch allerlei Schliche den Staat zu betrügen suchen, z. B. indem sie mit erwachsenen Kindern Scheinverträge über Alimentationspflichten und dergleichen abschließen. Die Klugheit, mit der sich die Steuerzahler ihren Verpflichtungen zu entziehen suchen, sei gewachsen, aber die Unannehmlichkeit, Steuern zu zahlen, könne er ihnen nicht nehmen.

Freitag wird die Etatsberatung fortgesetzt.

### Eine halbe Kraftprobe.

Die Interpellationen über die Niederregelung streifender Arbeiter auf der Insel Martinique wurden — so paradox es klingt — von den militärisch-kapitalistischen Parteien zu einem neuen Angriff auf das Ministerium benutzt. Und zwar glaubte die Opposition unmittelbar vor der Abstimmung die allgemeine Politik des Ministeriums in Frage stellen zu dürfen, um es desto sicherer zu Falle zu bringen. Aber auch diesmal kam es nur zu einer halben Kraftprobe, weil der eigentliche Gegenstand der Debatte doch rein gar nichts mit der allgemeinen Politik des Ministeriums zu schaffen hat.

Aus der Debatte und den vorausgegangenen Erörterungen in der Presse geht mit Sicherheit folgender Sachverhalt hervor: Die Arbeiter der Holzruder-Plantagen leiden seit Jahren an niedrigen Löhnen, trotzdem die ursprüngliche Ursache der Lohnherabsetzung, der Fall der Zuckerpresse, längst verschwunden ist. Die Löhne sind gesunken von 2 auf 1 Franken und sogar auf 75 Centimes. Daneben wurden die Löhne durch das Fund-System weiter gesenkt. Die Arbeiter griffen schließlich zum Streik. Wie berechtigt ihre Forderungen waren, zeigt die Entscheidung des Schiedsgerichts, die eine Lohnerhöhung von 30 Prozent festsetzte. Der Streik verlief liberal durchaus ruhig. Während aber die meisten Plantagenbesitzer sich auf schiedsgerichtliche Verhandlungen einließen, wendete sich der Unternehmer Quantier in der Gemeinde Anjouville an die Militär-gewalt, um den Streik ein Ende mit Säbeln zu bereiten. Alle Umstände der Begelei vom 8. Februar zeigen bis zur Evidenz, daß es eine Zahl berechnete militärisch-kapitalistische Nordthat war. Der Lieutenant Kahn, der, nebenbei gesagt, mit seinen 25 Soldaten beim Unternehmer einquartiert war, ließ auf die unbewaffneten Streikenden feuern, ohne daß diese auch nur Miene gemacht hätten, gewaltthätig vorzugehen. Der Maire Clément, der sich an Ort und Stelle befand, und dem allein gesetzlich das Recht zustand, den Gebrauch der Waffen anzuordnen, ist selbst nur zufällig den Gewehrlosen entgangen. Lieutenant Kahn gab den Mordbefehl nicht nur eigenmächtig ab, sondern er unterließ sogar die gezwungen vorgebrachten dreimaligen Aufforderungen zum Auseinandergehen. Die Soldaten wurden abgeben lüchlich hinter dem Rücken des Maires, als dieser gerade damit war, die Streikenden zum Auseinandergehen zu überreden. Der galonierete Mörder stellte das Feuer erst ein, nachdem 9 Tote und 14 nicht schwer Verwundete gefallen waren. Vor dem militärischen Untersuchungslog er sich dann mit der Behauptung heraus, er hätte im Zustand der Notwehr gehandelt, indem die Arbeiter die Bajonette seiner Soldaten ergriffen hätten und er selbst mit einem Messer bedroht worden wäre. Das war natürlich unmöglich, da die nächsten der unter dem Gewehrfeuer Gefallenen fünf Meter von den Soldaten entfernt waren.

Dies der Thatbestand. Die Verantwortung der Regierung hebt erst mit der Verfolgung der That an. Nachdem die gleichzeitigen Disziplinaruntersuchungen der zivilen und der militärischen Lokalbehörden widersprüchliche Resultate geliefert hatten (die beiden Behörden haben die Schuld auf einander abzuwälzen), verfiel die metropolitische Regierung eine gerichtliche Untersuchung.

Selten ist die demagogische Heuchelei der militärisch-kapitalistischen Opposition so drastisch zum Ausdruck gekommen, wie im gegebenen Fall. Einerseits hieß es in ihrer Presse und in der Kammer den Hauptschuldigen, Lieutenant Kahn, reinzuwaschen zum höheren Ruhm der Armee und der Zuckerration, die Auftraggeber des Lieutenant, als die Wohlthäter der Arbeiter, die ihnen die höheren Ruhm des Geldjacks; andererseits aber geberdete sie sich als die Mäherin des verpönten Völkerverblutes und forderte zur Sühne des Verbrechens die Erziehung des gegenwärtigen Ministers durch die Verteidiger und Beschützer der Verbrechen! Ferner ist es bezeichnend, wenn auch keineswegs überzeugend, daß die nationalistic-antidemokratische Dreifachwehr ihre Sympathien dem jüdischen Offizier Kahn zuwenden — so verlangt es die Logik der „Armees-„Chre“ und der politischen Situation. Die Parteien, die die reaktionären afrikanischen Waffensmörder, Soulet und Chanoin, im Namen der „Armees-„Chre“ in Schutz genommen, verweisen gern den jüdischen Leptum des westindischen Regenerators, der im Dienste des Unternehmertums auf den Maitre, den Vertreter der Ungewalt, geschlossen hat.

Aus die fieberhafte Ungeheuer der Opposition und ihre Parat vor einer offenen „allgemein-politischen“ Attade auf das Ministerium machen es erklärlich, daß sie in letzter Stunde verläßt hat, sich der Leiden der westindischen Arbeiter als eines Sprungbretts zur Ergreifung der Regierungsgewalt zu bemächtigen.

Der Angriff wurde abgelehnt und das Ministerium fand, wie wir berichtet haben, eine beachtenswerte Mehrheit. Aber es ist doch zweifelhaft, ob die Opposition es bei ihrer Niederlage bewenden lassen wird. Die Melin'schen Republikaner beabsichtigen, endlich doch noch dem Ministerium eine offene Generalschlacht anzubieten. Vorläufig aber haben sie, wie der „Gaulois“ verrät, noch keinen geeigneten Interpellanten gefunden. Mit ändern Worten, sie sind noch unentschieden darüber, durch welches Manöver die gegenwärtige Kammermehrheit ihren Abgang gegen eine unter Melin's Segen zustandekommende Regierung vergesen könnte, und sei es auch nur für die Dauer der Abstimmung.

Dieser Vorfall ist in der That der stärkste Säugnis des Ministeriums Walder-Rouffean. So wurde auch dessen Sieg in der gestrigen Schlacht mit den Rufen der Linken begrüßt: „Nieder mit Melin!“

### Deutsches Reich.

#### Ein agrarisches Zuchtgesetz.

Ein Ausnahmengesetz gegen die Landarbeiter ist dem Gerar Landtag zugegangen. Es lautet:

§ 1. Landwirtschaftliche Arbeiter, welche widerrechtlich den Antritt der Arbeit verweigern oder die Arbeit verlassen, werden auf Antrag des Arbeitgebers, nach dessen Wahl, mit Geldstrafe bis zu 30 M. bestraft oder von dem Gemeindevorstande des Arbeitorts dem Arbeitgeber zwangsweise zugeführt. Der Antrag des Arbeitgebers auf Bestrafung oder auf Zuführung des Arbeiters ist nur innerhalb einer Woche nach dem vertragmäßigen Antrittstage beziehungsweise nach dem Verlassen der Arbeit statthaft. Die Zuführung des Antrags ist zulässig. Die beschlossene zwangsweise Zuführung kann in dringlichen Fällen durch ein dagegen erhobenes Rechtsmittel nicht aufgehalten werden. Die Kosten der Zuführung fallen dem schuldigen Arbeiter zur Last. Der Antragsteller ist jedoch verbunden, diese Kosten verlageweise für den Arbeiter zu entrichten.

§ 2. Wer landwirtschaftliche Arbeiter zu widerrechtlichen Verweigerung des Antritts der Arbeit oder zum widerrechtlichen Verlassen der Arbeit verleitet, wird mit Geldstrafe bis zu 150 M. bestraft. Derselbe ist dem Arbeitgeber für den daraus entstandenen Schaden verantwortlich; er haftet neben dem Arbeiter als Gesamtschuldner.

§ 3. Durch wissenschaftliche Annahme Kontraktbrüchiger Arbeiter zieht sich der Arbeitgeber eine Geldstrafe bis zu 150 M. zu.

§ 4. Landwirtschaftliche Arbeiter, welche die Arbeitgeber zu gewissen Handlungen oder Zuständen dadurch zu bestimmen suchen, daß sie eine Kontraktwidrige Einstellung der Arbeiter oder eine Verhinderung derselben bei einzelnen oder mehreren Arbeitgebern untereinander verabreden, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. Die Anklage unterliegen der gleichen Strafe, auch wenn sie keine landwirtschaftlichen Arbeiter sind.

§ 5. Uneinbringliche Geldstrafen werden nach den im Reichsstrafgesetzbuch §§ 28 und 29 für die Uebertretungen gegebenen Vorschriften in Haft umgewandelt. Das ist nichts als der mehrerwähnte Versuch, das Zuchtgesetz in den Einzelstaaten durchzuführen, wie das schon anderwärts versucht worden ist — allerdings ein Zuchtgesetz agrarischen

Charakters, das die Koalition der landwirtschaftlichen Arbeiter mit Gefängnis bis zu einem Jahr Gefängnis bedroht.

Das Vorgehen der Einzelstaaten mißfällt dazu, daß der Reichstag endlich, wie es die Verfassung fordert, das gesamte Koalitionsrecht von Reich wegen regelt.

Gegen das Reichstags-Wahlrecht erklären sich die „Arbeits-„Berliner Renesse-Kadetten“, indem sie aus Anlaß der Diätenfrage schreiben:

„Wer den Zustand unseres Reichstags ernst prüfend betrachtet, kommt viel eher zu dem Ergebnis, daß unser Reichs-Wahlrecht mangelhaft und angehtig völlig veränderter Verhältnisse reformbedürftig sei, als zu dem Ergebnis der Abhilfe durch Diäten. Die Aufhebung des Diätenverbots ohne Reform des Reichs-Wahlrechts, ohne entsprechende Korrelate für die Zusammenfassung des Reichstags, wäre eine Gefahr für das Reich. Nicht nur wegen Zunahme der Socialdemokraten und der Verfassungsparlamentarier, sondern auch weil damit die letzte Gelegenheit an der Hand gegeben würde, mit Hilfe des Reichstags eine Änderung seiner Zusammensetzung durch Reform des Reichs-Wahlrechts zu ermöglichen.“

Das sind dieselben Kreise, die für das größere Plotten-Deutschland Vergeisterung zu erwecken suchen. Im Innern des Reichs fordern sie die Unterdrückung des Volkswillens im eifriger Kapitalisten willen.

Amerikanisches Fleisch. Gegenüber den agrarischen Forderungen, als ob Amerika nur minderwertige Fleischware in den Handel bringt, schreibt die Centralstelle für Vorbereitung von Handelsverträgen der „Voss. Zig.“, daß die großen Schlachthäuser in Chicago den Viehhandel in den Vereinigten Staaten fast ausschließlich in ihren Händen haben, daß sie insgedessen in der Lage sind, die beste Ware zu schlachten, die heranwächst, Ware, die häufig eine Qualität besitzt, die hier nur selten erreicht wird.

Die Fleischbeschau-Interpellation im preussischen Abgeordnetenhause wird erstweilen nicht zur Verhandlung kommen, da das Haus bereits am Freitag in die Ferien geht.

Venedetti. Der Tod des ehemaligen französischen Gesandten in Berlin erinnert an die Zeit der Emser Depesche. Venedetti sollte, so lautet die 2-gegene Biographie, in seiner Unterredung zu Ende den alten Wilhelm beleidigt haben. Darauf kam dann die „Rebalktion“ seiner Depesche, wobei das wirrliche Friedenssignal in eine Kriegsfarfare umgewandelt wurde. In Wirklichkeit sind, wie Bismard auch in seinen Memoiren offen zugiebt, die Unterhandlungen zwischen Venedetti und Wilhelm I. in durchaus friedlicher Form geführt worden. Bismard, der den Krieg wollte, weil er ihn brauchte, besagte geradezu die Friedlichkeit der Unterhandlungen. Bei dem König war die Reimung, wichtige Fragen persönlich zwar nicht zu entscheiden, aber doch zu verhandeln, zu fast, um ihm eine richtige Benennung der Dedung zu ermöglichen, mit der die Majestät gegen Zuverlässigkeiten, unbenannte Fragestellung und Zustimmung zweckmäßigerweise umgeben ist. Daß der König sich nicht mit dem ihm in so großem Maße eigenen Gefühl seiner hehrwürdigen Würde der Venedetti'schen Aufdringlichkeit von Hause aus entzogen hatte, daran lag die Schuld zum großen Teil in dem Einfluß, den die Königin von dem benachbarten Kolben her auf ihn ausübte. So schreibt Bismard in seinen Erinnerungen — das heißt aus Bismard's Stil in das Deutsch der Wahrheit überlegt: Die Emser Depesche war nicht die Wirkung Venedetti'scher Beleidigungen, sondern im Gegenteil die Folge der für Bismard's Pläne allzu großen Verjünglichkeit der Unterhandlungen.

### Ausland.

#### Schweiz.

Goldwährung in der Schweiz. Bern, 20. März. Der Nationalrat lehnte mit großer Mehrheit einen Antrag auf Einführung der Goldwährung ab, nachdem der Bundesrat erklärt hatte, der Antrag sei inopportun. Ein Gesetzentwurf betreffend Einführung der Goldwährung sei vorbereitet, werde aber nur vorgelegt werden, wenn die Schweiz aus dem lateinischen Münzband austreten wolle, wozu heute kein Anlaß sei.

#### Frankreich.

Minerarbeit gegen das Ministerium. Krang besuchte am Mittwoch Ladrin, dann Carrien, um für den nächsten Sturm auf's Kabinett den Bundesvertrag mit den Radikalen zu schließen. In den Palais Bourbon-Wandlungen behauptete man abends, dies sei gelungen; die Verfassungspartei des neuen Bündnisses wird die Wahl des Arbeitsausschusses der Kammer sein. In diesem waren bisher die Socialisten und Radikalsocialisten am meisten vertreten, die vereinigten Radikalen und Radikalen Carrien'scher Färbung planen nun den Ausschluß der Socialisten aus dem Arbeitsausschuß.

#### England.

England und die Delagoabai. Nach einer Meldung des „Berliner Tagebl.“ geht in der Londoner City das Gerücht, daß die britische Regierung alle durch das Bremer Schiedsgericht festgestellten Ansprüche an Portugal auszahlen und dagegen die Delagoabai als Sicherheit übernehmen will, bis das Darlehen zurückgezahlt ist. Obwohl dieses Gerücht nicht offiziell bestätigt ist, soll es sich doch in Kreisen, die meist gut unterrichtet sind, erhalten.

#### Italien.

#### Durch ein Manifest-Gesetz

soll die Obstruktion in der Kammer zum Schweigen gebracht werden. Der Geschäftsordnungs-Ausschuß soll „Resonanzen“ ausarbeiten; diese sollen in der Kammer eingebracht, jedoch nicht diskutiert, sondern es soll über sie nur abgestimmt werden. Damit klaut man der lästigen Obstruktion Herr zu werden.

Die Sitzung der Deputiertenkammer am Donnerstag war wieder eine sehr lebhaft; über den Verlauf liegen folgende Nachrichten vor:

Bei Beginn der Sitzung erklärte Ministerpräsident Pelloux auf eine Anfrage des Socialisten Turati, er habe die in Mailand geplante Versammlung zu Gunsten der Konstituante und alle ähnlichen an anderen Orten beschlossenen Versammlungen unterliegt, weil dieselben eine Kundgebung gegen die Staatsverrichtungen und gegen die Kammer bedeuteten. (Weisfall auf der Rechten und im Centrum, Inruhe auf der äußersten Linken.) Turati erklärt sich durch die Antwort nicht befriedigt und behält sich vor, seine Anfrage in eine Interpellation umzuwandeln.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wird dann die Debatte über den Antrag Cambrai-Dign wieder aufgenommen und der vom Geschäftsordnungs-Ausschuß ausgearbeiteten Reformvorschlüge angenommen. In der Begründung seines Antrags weist Ministerpräsident Pelloux zunächst auf die Ausrückung des Kammerpräsidenten hin, der sich gegenüber der aufrührerischen Haltung eines Teils der Kammer für machtlos erklärt habe; er erinnert ferner an die Zwischenfälle der letzten Sitzungen. Es sei jetzt Zeit, fährt dann Pelloux fort, der überaus traurigen Perioden des politischen Lebens in Italien ein Ende zu machen. (Lärm auf der äußersten Linken.) Wenn es eine Angelegenheit gebe, bezüglich welcher die Kammer das absolute Entscheidungsrecht habe, so sei es ihre Geschäftsordnung. (Fortdauernder Lärm auf der äußersten Linken.) Pelloux verliest die einschlägigen Artikel der Verfassung und der Geschäftsordnung und fügt hinzu, daß die jetzige Debatte nicht in der bisherigen Weise fortgesetzt werden könnte ohne ernste Gefährdung des parlamentarischen Lebens. Er beantrage daher, die jetzige Debatte

zu unterbrechen und morgen mit der Beratung der wirtschaftlichen Maßnahmen zu beginnen. Inzwischen solle der Geschäftsordnungs-Ausschuss für die am nächsten Dienstag stattfindende Sitzung seine Vorschläge zur Geschäftsordnung ausarbeiten.

Nach Annahme dieses Antrags erhebt sich auf der äußersten Linken ein heftiger Lärm. Der Präsident bedeckt sich und hebt unter dem Beifall der Rechten und des Centrums die Sitzung auf.

Nach der Sitzung der Deputiertenkammer unterzeichnete die äußerste Linke eine Resolution, in welcher sie in heftiger Weise Einspruch erhebt gegen das Verhalten des Präsidenten der Deputiertenkammer, der die Abgeordneten Perri und de Nicolo über die Erklärung des Ministerpräsidenten Pelloux nicht habe sprechen lassen. Auch eine Anzahl von Abgeordneten der Linken fassten eine ähnliche, aber in milderer Form gefasste Resolution. — Pelloux hat die Mitglieder der Kammermajorität für heute abend zu einer Versammlung eingeladen. —

**Vollzeit- und Pfaffenarbeit im Königsmörder-Prozess.** Es wurde von vornherein vermutet, daß Acciarito gar keine „Mitschuldigen“ habe, sondern zur Angabe unschuldiger als Mitschuldiger gezwungen worden war. Das wird jetzt nach einem dem „A. T.“ zugehenden Telegramm bestätigt. Vor dem Schwurgericht in Teramo, wo zur Zeit der Prozess gegen die angeklagten Epischepiscopi des Königsmörders Acciarito spielt, machte letzterer am Mittwoch als Zeuge überraschende Aussagen. Acciarito erklärte nämlich, daß seine sämtlichen früheren Entlassungen über seine angeblichen Komplizen ihm vom Justizminister Direktor und Kaplan unter Drohungen und Versprechungen in die Feder diktiert worden und total erfunden seien; die heute vor Gericht stehenden Leute seien schuldlos. Die Polizei habe ihn übrigens veranlassen wollen, auch noch andre unbedeutende Persönlichkeiten, wie den anarcho-socialistischen Schriftsteller Merlini, als Komplizen zu bezeichnen, er habe sich aber hartnäckig geweigert.

### Spanien.

**Madrid, 29. März.** Die Handelskammern des ganzen Landes beschäftigen nächsten Sonntag eine Massendemonstration gegen die neuen Steuern. —

### Türkei.

**Konstantinopel, 29. März.** Die Frage wegen der Abgrenzung und Bezeichnung des Gebiets russischer Vorzugsrechte für den Bau von Eisenbahnen in den an Russland grenzenden kleinasiatischen Territorien ist noch nicht geregelt.

Der armenische Patriarch beharrt auf seiner Demission. Inzwischen ist die Wahl des Katholikos von Sis, welche die Ursache der Demission bildete, auf den 5. April verlagert worden. —

### Asien.

**Russischer Vorkrieg in Korea.** Russland verlangt von Korea die Erlaubnis, Truppen in Masimposland zu dürfen. Die Bewegungen der russischen Flotte sind bedrohlich. Korea fordert, daß die Mächte intermedieren. Japan übernahm den Vorkrieg mit Spannung. In Tokio fanden Konferenzen im Kriegsausschuss statt. Japan ist seit vier Wochen auf Russlands Vorgehen vorbereitet. Am 22. Februar erhielten acht Kriegsschiffe Befehl, sich von Hofsula nach Kure zu begeben, von wo Korea innerhalb 12 Stunden zu erreichen ist. —

## Partei-Nachrichten.

**Genosse Dr. Wassiljew,** der langjährige und überaus erfolgreich thätige Arbeitersekretär der Arbeiterkassette in Bern, beabsichtigt in gleicher Eigenschaft nach Basel zu gehen.

### Politikalisches, Gerichtliches usw.

— Für den persönlichen Gott gedachten die Frommen in Glauhan in Sachen zu streiten mit der besonders ausgesprochenen Absicht, die Ungläubigen zu bekehren. Der dortige evangelische Arbeiterverein kündigte einen Vortrag an mit dem Thema: „Der Glaube an einen persönlichen Gott“. Dem Vortrag sollte eine freie Aussprache folgen und es wurden dazu insbesondere Gegner eingeladen. Es war also klar: es sollte ein Feldzug gegen den Unglauben werden; die Herren Pastoren erhofften einen glänzenden Triumph für ihren Gott. Doch die Polizei ist klüger; sie lebt nicht in Wolkenludschheim, sie treibt nächtliche Realpolitik. Sie hat zu der Durchschlagkraft der postoralen Argumente für das Dasein des persönlichen Gottes offenbar ebensowenig Vertrauen, wie Herr Schweinburg zu der Intelligenz seiner kapitalistischen Auftraggeber, und kurz und gut, der Vortrag wurde verboten. Warum, sagt die nachfolgende Begründung:

„Da der Verein auch Nichtmitglieder, insbesondere Gegner ausweislich des im hiesigen Tageblatt erschienenen Inserats einladet, und die hiesige socialdemokratische Partei, wie eine Notiz in Nr. 54 der „Volkstimme“ ausdrücklich anläßt, sich an der Diskussion der weiteren Vorträge beteiligen will, ist zu befürchten, daß die öffentlichen Vorträge des Evangelischen Arbeitervereins nur dazu beitragen werden, die der letzteren Partei zur Zeit unmögliche Agitation wieder zu entfachen und den hier erst mühsam hergestellten Frieden unter den Parteien zu gefährden. Einer freien Aussprache der Mitglieder des Vereins innerhalb desselben, also unter Ausschluß von Nichtmitgliedern, stehen Bedenken nicht entgegen. Der Stadtrat, Hinkelmann, Stadtrat.“

Gesetzliche Gründe sind für das Verbot allerdings nicht geltend gemacht, denn socialdemokratische Agitation ist nichts Ungesetzliches, aber der evangelische Arbeiterverein wird sich wohl damit befriedigen.

Der Vorgang ist übrigens nicht ganz neu. Schon vor mehreren Jahren, als noch das Socialistengesetz den Parteigenossen in der Umgebung Dresdens jede öffentliche Betätigung unmöglich gemacht hatte, kam dort ein Pastor auf den Gedanken, in öffentlicher Diskussion das Dasein Gottes zu beweisen, und hatte dazu auch die Ungläubigen eingeladen. Zuerst legte ihm die Polizei auch keine Hindernisse in den Weg; als sie jedoch gesehen hatte, daß er schlecht dabei abkam, legte sie ihm nahe, das verfehlte Beginnen zu unterlassen und sich auf die Kreise seiner leichter zu überzeugenden evangelischen Männer und Jünglinge — die evangelischen Arbeiter waren damals noch nicht gefunden — zu beschränken.

## Kommunales.

**Aus der Gewerbe-Deputation des Magistrats.** Gegen die am 5. März vollzogene Wahl der 168 Vertreter zur Innungsversammlung der hiesigen Tischlerzunftzwangsinnung war von 27 Innungsmitgliedern Protest erhoben und die Ungültigkeit der Wahl beantragt worden, weil der aus 28 Teilhabern bestehenden Tischlerzunft-Gewerkschaft Ostend, Grünerweg 56, auf Veranlassung des die Wahl leitenden Magistratskassierers das Wahlrecht nicht zuerkannt wurde, obwohl die betreffenden Genossenschaftler bei der ersten, für ungültig erklärten Wahl als wahlberechtigter anerkannt wurden, und von ihrem Wahlrecht Gebrauch gemacht hatten. Die Gewerbe-Deputation beschloß in ihrer letzten Sitzung am Mittwochabend, die Wahl für gültig zu erklären, da die gewählten Vertreter mit einer Mehrheit von ca. 150 Stimmen über die gegnerischen Kandidaten gesiegt haben und somit die Zulassung oder Nichtzulassung der 28 Genossenschaftsmitglieder keinen Einfluß auf das Wahlergebnis hat. Die in der Sitzung anwesenden Magistratskassierers plaidierten dafür, daß die Deputation die Zurückweisung der 28 Genossenschaftsmitglieder als gesetzmäßig zu

läufig erachten sollte. Dieser Auffassung traten Stadtrat Dr. Münsterberg, Bürgerdeputierter Zugauer und Stadtverordneter Borgmann entgegen, die rechtliche Zurückweisung von Genossenschaftsmitgliedern von der Wahl sei mindestens sehr anzuzweifeln und eine definitive Entscheidung darüber von prinzipieller Bedeutung. Wollte man die Entscheidung des Wahlrechts, soweit es sich um Mitglieder solcher Genossenschaften handelt, als gesetzlich zulässig erklären, dann dürfe man auch die betreffenden Mitglieder der Beitragsleistungen für die Innungssinnung nicht heranziehen. — Die Deputation beschloß, eine prinzipielle Entscheidung ihrerseits abzulehnen und stellt es den Einsendern des Wahlprotokolls und den betreffenden Genossenschafts-Mitgliedern anheim, durch eine Beschwerde an den Oberpräsidenten von Berlin die Streitfrage, ob Mitglieder von Genossenschaften verpflichtet sind, der Innungssinnung beizutreten oder nicht, zur Entscheidung zu bringen.

Mit der Errichtung einer Fabrikale für Kautschuk beschäftigten sich die Behörden seit längerer Zeit. Inzwischen haben sich mehrere Privatunternehmer, darunter der Thierkultverein, bereit erklärt, ihrerseits eine Fabrikale zu errichten unter der Bedingung, daß diese Schule von der Stadtgemeinde subventioniert werde. Die Verhandlungen haben ergeben, daß das Interesse der Stadtgemeinde mehr gewahrt wird, wenn diese die Schule selbst errichtet und verwaltet. Die Deputation beschloß daher, beim Magistrat die Errichtung einer städtischen Fabrikale zu beantragen.

Die Innung der Barbier, Friseur und Perückenmacher beabsichtigt, zum 25. jährigen Jubiläum des Bundesvorsitzenden Herrn Volkshilger aus der Innungskasse den Betrag von 1000 M. zu entnehmen und erbat hierzu die Zustimmung der Gewerbe-Deputation.

Die Deputation beschloß nach kurzer Debatte, diese Zustimmung nicht zu erteilen.

Einem Tapezierergesellen, welcher die Fachschule für Tapezierer mit bestem Erfolg besucht hat und beabsichtigt, zu seiner weiteren praktischen Ausbildung eine Reise durch ganz Deutschland zu unternehmen, bewilligte die Deputation zu diesem Zweck aus der Heisen-Stiftung einen Zuschuß von 100 M. Ebenfalls 100 M. aus derselben Stiftung wurden einem jungen Bauhandwerker als Beihilfe zum Besuch der Vorkurschule bewilligt.

26 Schülern hiesiger Fachschulen bewilligte die Deputation Beihilfen von je 30 M. aus dem für Ausstellungen von Lehrungsarbeiten angekauften Fonds.

## Gewerkchaftliches.

### Berlin und Umgebung.

**Der Ausstand der Schneider in der Herren-Machbranche** nimmt allem Anschein nach einen günstigen Verlauf, indem eine ganze Reihe maßgebender Geschäfte aller drei Klassen bereits bewilligt hat und weitere Bewilligungen für die nächsten Tage in Aussicht stehen. Die Arbeiter sind fest entschlossen, auf ihren Forderungen zu bestehen, werden jedoch einer Einladung der Arbeitgeber-Kommission behufs einzuleitender Vergleichsverhandlungen, welche für morgen abend festgesetzt sind, Folge leisten.

### Deutsches Reich.

**Die Maler und Lackierer in Leipzig** haben durch eine Vereinbarung mit der Innung den Minimal-Stundenlohn auf 45 Pf. festgesetzt. Vom 1. April 1901 tritt eine Erhöhung auf 50 Pf. ein. Bisher betrug der Minimallohn 45 Pf.

**Zum Streik der Weber in Kupferdreh.** Elf Wochen lang standen die Weber der Firma Goldmann im Streik. Der Kampf richtete sich gegen den Versuch, die Organisation zu zerschlagen. Die Arbeiter sollten die Organisation aufgeben. Sie fügten sich aber dem kategorischen Gebot nicht, eine Anzahl erhielten deshalb die Kündigung, die anderen legten freiwillig die Arbeit nieder. Die oft angeknüpften Verhandlungen scheiterten jedesmal an der Forderung der Fabrikanten: sämtliche Arbeiter sollten aus dem Verband austreten. Der reiche Fabrikant gab nicht nach, zu seinem Schaden allerdings. Von den über 200 Ausständigen waren schließlich nur noch ca. 100 vorhanden, die übrigen hatten auswärts Beschäftigung gefunden oder waren sonst untergebracht. Vor einigen Tagen nahm die Kommission die Verhandlung mit Goldmann wieder auf. Um den Schein zu retten, gab Goldmann, der noch immer auf Austritt aus dem Verband bestand, den Leuten zu verstehen, sie könnten nach Aufnahme der Arbeit ja machen was sie wollten, aber vorher sollten sie wenigstens ihren Austritt aus dem Verband erklären. Das heißt soviel als: tretet heute der Form halber aus, morgen könnt ihr ja wieder eintreten. Von den noch Ausständigen resp. am Ort anwesenden Streikenden erklärten sich 70 zur Ausnahme der Arbeit unter den gestellten Bedingungen bereit. Sie werden also formell aus dem Verband austreten, um nach Wiederaufnahme der Arbeit sich der Organisation wieder anzuschließen. Die übrigen Streikenden verzichten aber überhaupt darauf, bei der Firma Goldmann wieder in Arbeit zu treten, sie werden Kupferdreh verlassen.

### Ausland.

**Aus der Schweiz.** In Pruntrut (Kanton Bern) streikten die Tischler wegen Mangelregelung organisierter Kollegen bezw. wegen Wirtens des Unternehmers. — In St. Gallen streikten die Monteure von Stickermaschinen in einer Lohnbewegung mit folgenden Forderungen: 150—200 Franks pro Maschine, Vergütung der Reisepesen; im Tagelohn 10 Fr., Stundenlohn 1 Fr. wie bisher. Entschädigung der Wartezeit nach freiem Meßereineinommen mit dem Maschinenverwalter. — Die Biffelblattmacher (Mitarbeiter) in Chaux-de-Fonds, Lode und St. Jamer haben durch zweitägigen Streik den Jehustudententag errungen.

**Versammlungen in der Schweiz.** Außer dem während der Osterferien in Winterthur stattfindenden allgemeinen Gewerkschafts-Kongress werden dorthin noch die Metallarbeiter, Schneider, Steinhauer, Cigarrenarbeiter und Parfettbodenleger ihre Verbandstage abhalten, ferner die Schuhmacher in Luzern und die Lithographen in Basel.

## Der Krieg.

Wichtige Nachrichten liegen heute nicht vor. Daß aber der Mut und die Siegeszuversicht der Boeren ungebrochen ist, geht aus zwei Aeußerungen der Präsidenten Krüger und Steijn hervor. Der letztere erklärte in einem als Antwort auf die Proklamation des Feldmarschalls Roberts erlassenen Rundschreiben, die Polizei Englands in Afrika habe gegenüber denen, welche sich ihr widersetzen, stets den Grundsatz „divide et impera“ befolgt. Vor Beginn der Feindseligkeiten habe man versucht, den Oranje-Freistaat für sich zu gewinnen, um ihn von Transvaal zu trennen und so die Annexion beider Republiken zu erleichtern. Die Bürger seien niemals von ihren Führern irreführt worden. Nummehr suche der Feind sie abermals zu zersplittern, indem er eine Belohnung für Verräter und Knechten ansetze. Die schmachvolle Verwüfung von Eigentum in Jakobdsaal und die Verhaftung von Bürgern in Bloemfontein zeige, welches Maß von Vertrauen man den englischen Versprechungen entgegenbringen dürfe. Die Hauptstadt sei zwar vom Feinde besetzt, die Schlacht aber nicht verloren, man müsse im Gegenteil in diesem Augenblick den größten Kampfesmut beweisen.

Und der New Yorker „World“ wird aus Pretoria gemeldet, Präsident Krüger habe in einer Unterredung mit dem Bericht-erklärer des Blattes am 7. Februar gesagt, so sicher wie es einen Gott der Gerechtigkeit gebe, so sicher werde die Vierleue von Trans-

vaal siegreich sein; dies könne einen Monat und könne drei Jahre dauern, aber ein anderer Ausgang sei unmöglich. Der Präsident fügte hinzu, Transvaal werde kein Eigentum verlieren; die Minen seien so sicher wie in den Händen ihrer Besitzer. Uebrigens würde er, wenn der Rand bewohnt wäre, nicht verstehen, daß ihn John Bull noch nicht anerkennt.

In Kriegs- und Nachrichten verzeichnen wir die folgenden: „Daily Chronicle“ meldet aus Bloemfontein vom 26. d. M.: General French berichtet, Olivier und Grobler gehen mit 6000 Mann nördlich, um sich den Transvaal-Boeren anzuschließen.

Feldmarschall Roberts telegraphiert aus Bloemfontein, daß General Clement bei der Besetzung von Kaurensmit in einem Grabenschlacht einen Kumpfvörder und ein Martini-Magazinsgeschütz sowie eine große Menge vergrabener Munition aufgefunden habe. Roberts fügt hinzu, daß die Einlieferung der Waffen durch die Boeren allmählich fortschreitet.

**Glencoe, 27. März.** Im hiesigen Boerenlager traf ein Schreiben des Generals Buller ein mit der Ankündigung von der bevorstehenden Freilassung des deutschen Arztes Dr. Albrecht, welcher bei Ladysmith gefangen genommen worden sei, weil er zwei seiner Patienten, Boerenoffiziere, habe entkommen lassen, obwohl sie ihr Ehrenwort gegeben, nicht flüchten zu wollen. Ferner sollen den Boeren die zur holländischen Ambulanz gehörenden Gegenstände, die elf Waggons füllen, wieder zugestellt werden. Einer späteren Meldung aus London zufolge ist Dr. Albrecht bereits freigelassen und zu den Boeren gefandt worden.

**London, 29. März.** Präsident Krüger übernahm an Stelle des verstorbenen Generals Joubert das Oberkommando über sämtliche Boerenstreikräfte.

### Imperialistische Selbstsporne.

**Nottingham, 29. März.** Bei dem heutigen Frühstück der liberalen Delegierten hielt Herbert Gladstone eine Rede, in welcher er sagte, nahezu alle Liberalen seien einig darin, daß es die Pflicht der Regierung sei, eine Wiederholung des Krieges unmöglich zu machen. Es sei wichtig, der Welt zu zeigen, daß die britische Macht die vorherrschende in Südafrika sei, die britische Flagge müsse über ganz Südafrika wehen.

### Monatsüber den Krieg.

Ueber das gute Recht der Boeren hat sich Professor Mommsen, der berühmte Historiker, in einem Brief geäußert, der an den Professor Sonnenschein in Birmingham gerichtet ist und die Antwort bildet auf eine von diesem ergangene Anfrage. Professor Mommsen schreibt:

Außerhalb Englands ist nicht eine einzige Stimme zur Verteidigung Ihres südafrikanischen Krieges laut geworden. Es ist der Fall Dreyfus, gegen England gerichtet. Glauben Sie, daß diese allgemeine Entrüstung unbegründet ist? Viele Ihrer besten Landsleute teilen die Ansicht des Kontinents, aber der Kriegszustand läßt sie schweigen — „right or wrong, my country!“ Die Boerenregierung mag Kalch zu Klagen gegeben haben, allein diese sind nicht die Ursache, sondern der Vorwand des Kriegs. Wer an die Diamantfelder und die Besetzung Kimberleys denkt, wird schwerlich Lord Salisbury's Versicherung: „Wir suchen kein Territorium, wir wollen keine Goldfelder“ ernst nehmen. Jameison's Raubzug wird heute allgemein verurteilt, aber wollen Sie behaupten, daß nicht wenigstens ein Teil Ihrer Regierung an diesem skandalösen Verbrechen beteiligt gewesen ist? Wollen Sie behaupten, es wäre, wie es sich gebührt hätte, vom Parlament und vom rechtswegen bestraft worden? Sie möchten England von Cecil Rhodes und seiner Bande trennen, aber vergeblich. Hatte England nach jenen Vorgängen und nach der Art, wie sie offiziell behandelt wurden, irgend welchen Anspruch auf Glauben an seine guten Absichten? Glauben Sie allen Erstes, ein Volk wie die Boeren haben einen Eroberungskrieg gegen das britische Reich führen wollen? Sie dachten an ein Jahrhundert von Unrecht und Mißthaten und verließen sich auf, leider vergebens. Fortan werden die Holländer am Kap ein zweites Irland bilden, und der Rächer wird früher oder später kommen. Glauben Sie mir, jeder Freund Englands trauert über solche Siege. Theodor Mommsen.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Breslau, 29. März.** (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Auf Anregung der Künstlerschaft ist hier ein Goethebund gegründet worden.

**Frankfurt a. M., 29. März.** (W. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Berlin: In dem Befinden des Dr. Lieber ist gestern eine Verschlimmerung eingetreten.

**Frankfurt a. M., 29. März.** (W. G.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus München: Die neuen Reichs-Postbestimmungen über Briefporto etc. werden vom 1. April d. J. ab auch in Bayern eingeführt.

**München, 29. März.** (W. L. B.) Auf der „Pantraz-Beche“ in Rixhausen haben ungefähr 300 Förderer die Arbeit eingestellt.

**Dag, 29. März.** (W. G.) Da neuerlich wieder in einzelnen Bezirken des Präger Reviers der Streik ausgebrochen ist, ist der Befehl zur Zurückziehung des Militärs einmütlich aufgehoben worden.

**Bern, 29. März.** (W. L. B.) Wie die „Schweizerische Telegraphen-Agentur“ meldet, lautet das Urteil des Schiedsgerichts in der Delagoabahn-Frage dahin, daß Portugal 15 314 000 Franks zu zahlen hat.

**London, 29. März.** (W. L. B.) Dem „Reuterischen Bureau“ wird aus Peking vom heutigen Tage gemeldet: In den ersten Berichten über das Gescheh zwischen den „Boxern“ und den kaiserlichen Truppen bei Jen-Chiu ist die Bedeutung dieses Geschehs offenbar übertrieben worden. Die „Boxers“ wurden zerstreut. Auf ihrer Seite wurden 8, auf Seite der kaiserlichen Truppen 2 Mann getötet.

Denselben Bureau wird aus Tientsin gemeldet: Eine große Zahl hiesiger Kulis begeben sich nach Kintschwang, um an der Mandchuren-Eisenbahn zu arbeiten.

**London, 29. März.** (W. L. B.) Oberhaus, Camperdown stellt eine Reihe von Fragen in Bezug auf die Absichten der Kolonien mit eigener Regierung im Kriegsfall unter besonderer Bezugnahme auf die Haltung der Kapkolonie. Parlaments-Sekretär des Krieges, Selborne, antwortet, kein Teil des Herrschaftsgebietes der Königin könne beanspruchen, mit einer Macht im Frieden zu leben, welche mit der Königin sich im Krieg befindet. Es sei nicht richtig, daß die Kapkolonie sich geweigert habe, ihre Streitkräfte einzubringen, dieselben seien vielmehr in dem von dem dortigen Gouverneur für gut befundenen Umfang einberufen worden.

**Rom, 29. März.** Etwa 60 der Opposition angehörende Mitglieder der konstitutionellen Linken, die sich heute nachmittags unter dem Vorsitz Zanardelli's versammelten Linken einem unter anderem von Zanardelli, Giolitti, Giolitti und Coppino vorgeschlagenen Resolution angenommen, in welcher sie erklären, daß sie sich nicht Reformen der Geschäftsordnung widersetzen, welche im Einklang mit der bestehenden Geschäftsordnung durchberaten und angenommen worden sind, daß sie das Vorgehen in der heutigen Kammer Sitzung für ungesetzlich gewalttätig und ungültig halten und dieser Erklärung gemäß handeln werden.

**Lourenço Marques, 29. März.** (Meldung des „Reuterischen Bureau's“.) Den „Diggers News“ wird aus Pretoria vom 26. März gemeldet: Der Feldführer von Matsai empfing ein Telegramm, nach welchem das ganze 6000 Mann starke Freistaat-Boeren-Kommando gestern wohlbehalten in Smalbeck angekommen ist.

Der Teltow-Kanal.

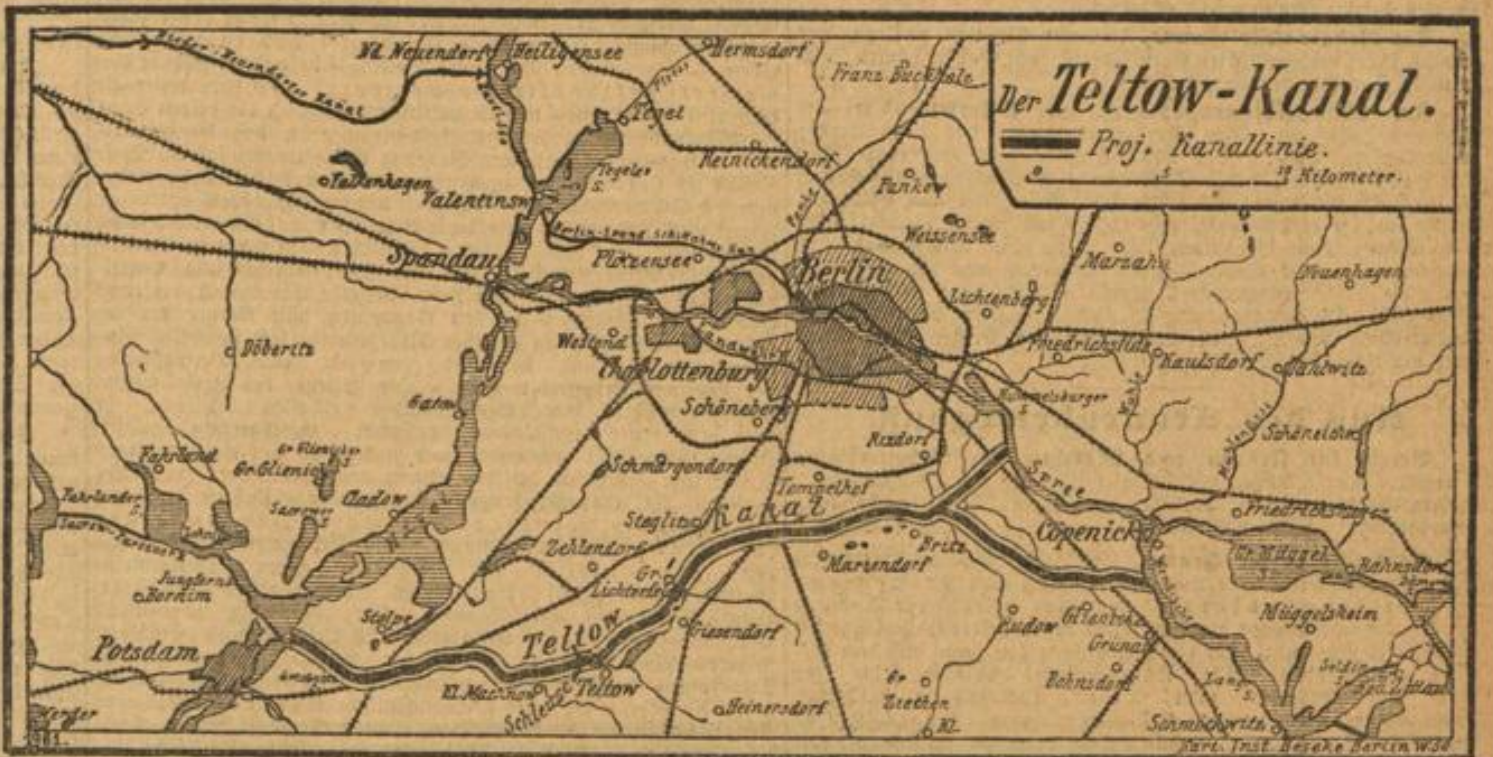
(Unberechtigter Abdruck verboten)

Vor kurzem hat der Reichstag des Reiches Teltow die Vorlage zur Herstellung des sogenannten Teltow-Kanals mit großer Majorität angenommen.

Der Teltow-Kanal wird nach den Entwürfen der Bauämter Haverstadt und Contag gebaut. Er beginnt oberhalb Potsdams bei Glienicke, führt durch den Griebnitz-See, das Wiejenthal der Havel und an Potsdam vorbei nach Teltow.

Der Teltow-Kanal soll 20 Meter Sohlbreite mit dreifachen Böschungen unter Wasser erhalten. Seine Tiefe beträgt bei Niedrigwasser 2 Meter.

Der Kostenanschlag für den Kanal beziffert sich 25 250 000 M. An Einnahmen erwartet man aus dem Durchgangsverkehr Elbe-



Schlesien (700 000 To.) 154 000 M., aus dem Durchgangsverkehr Elbe-Odersee-Berlin (500 000 To.) 92 500 M. und aus dem Ostverehr (400 000 To.) 240 000 M., zusammen also 486 500 M., wobei Einnahmen aus den Hafenanlagen und aus der Einrichtung eines elektrischen Treibbetriebes, zusammen 350 000 M., außer Anschlag geblieben sind.

Wenn auch der Kanal ursprünglich nur die Abwässer der südlichen Vororte Berlins abzulassen bestimmt war, so hat sich nach einem Gutachten des Centralvereins zur Hebung der deutschen Fluss-

und Kanalschiffahrt doch sehr bald die Ueberzeugung Bahn gebrochen, daß ein dringendes höheres Interesse sich betriebliehen läßt, wenn der Kanal, wie beschloffen ist, zu einem Großschiffahrtswege ausgestaltet würde.

Erlebnisse eines Streikenden auf der Polizeiwache

Bildeten die Grundlage einer Verhandlung, die am Donnerstag vor der zweiten Strafkammer am Landgericht I geführt wurde. Angeklagt waren die Schmeisse Bloch und Ulrich. Sie sind beschuldigt, den Arbeiter Stawinski gelegentlich einer Eistherapie im Waschkloß mißhandelt zu haben.

Polizeileutnant Palm hat nun die Angelegenheit untersucht und darüber ein Protokoll aufgenommen, aus welchem in der Gerichtsverhandlung folgendes festgesetzt wurde: Bloch hat zugegeben, er sei durch ein polnisches Schimpfwort, welches Stawinski ihm zugerufen habe, so in Erregung geraten, daß er den letzteren gewaltsam auf eine Bank geworfen habe.

Polizeileutnant Palm sagt als Zeuge aus, er habe gesehen, daß Stawinski Blutspete an der Hand und am Kragen hatte, aber von Beschuldigten habe er nichts bemerkt.

zimmer gegangen, habe auf dem Hüftboden einige fettige Blutstropfen in der Größe eines Fünzigpfennigstücks gesehen und dieselben mit den Fingern verwischt. — Dr. Jadel hat Stawinski am Abend des fraglichen Tages untersucht und festgestellt, daß derselbe Verletzungen im Gesicht hatte, die Kasse war geschwollen, das Kniebein empfindlich, am Kopf befanden sich Streifen und Blutkrusten.

Der Staatsanwalt hielt die den Angeklagten zur Last gelegten Straftaten für erwiesen, meinte aber, der Angeklagte Bloch habe sich durch das Glätten der Haare seitens des Sittierten mit Recht gereizt gefühlt.

Rechtsanwalt Heine kam nach einer eingehenden Würdigung der Beweisaufnahme zu dem Schluß, daß, sobald einige der Zeugen wenig, andre gar nichts gesehen haben wollten, der Inhalt der Anzeige erwiesen sei, sowohl durch die Angaben, welche die Beamten dem Polizeileutnant zu Protokoll gemacht haben, als auch die positiven Bekundungen des jungen Stawinski, die im wesentlichen glaubwürdig seien, wenn auch dieser Zeuge als Beteiligter im einzelnen übertrieben möge.

Rechtsanwalt Lubchanski, als Verteidiger des Angeklagten Bloch, bemühte sich, die Streikenden im allgemeinen und den Zeugen Stawinski im besondern als arbeitsschwere Elemente hinzustellen, die es sich angelegen sein lassen, Schmeisse zu zeigen usw. Diese Ausstellungen führten zu wiederholten Entgegnungen seitens des Rechtsanwalts Heine.

Der Gerichtshof verurteilte nach kurzer Beratung: Ein Vergehen im Amt seitens des Angeklagten Bloch sei erwiesen, diesem seien aber mildernde Umstände zuzurechnen, weshalb auf eine Geldstrafe von 40 M. sowie auf eine Buße von 3 M. erkannt wurde; den Vorgang im Waschkloß hielt das Gericht nicht für erwiesen, daher wurde der Angeklagte Ulrich freigesprochen.

Auch dies gelinde Urteil kennzeichnet unsere Zustände und rechtfertigt die Frage, wieviele Monate Gefängnis wohl ein Arbeiter bekommen hätte, der einen Streikbrecher annähernd so mißtraktiert haben würde, wie der Schumann den ausländischen Arbeiter!

Gerichts-Beitrag.

Die Prozeßverhandlungen gegen den Bankier August Sternberg begannen gestern im kleinen Schwurgerichtssaal vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I. Den Vorsitz führt Landgerichtsdirektor Weimann, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Komen, die Verteidigung führen Justizrat Dr. Sello, Justizrat Dr. Kleinholz und Rechtsanwalt Dr. Heinemann.

Gegen diese Zeugin Schwabe seit einiger Zeit ein Ermittlungsverfahren wegen Beihilfe zur Einbürgerung unzüchtiger Handlungen. Er beantragte die strafmildernde Maßnahme v. Trestow die bis dahin nicht erreichbar gewesen Zeugin sofort zu verhaften und vorzuführen. Angekl. Sternberg bittet, die Zeugin vorläufig nur als Zeugin vorzuführen, denn in diesem Falle würde sie ihre Aussagen jederzeit anordnen können, während, wenn sie unter dem Verdacht der Beihilfe verhaftet würde, zweifellos befangen sein würde.

Eine verhängnisvolle Pressegeschichte, die am Dienstag schon die vierte Strafkammer des Landgerichts I beschäftigte, wurde gestern nach nochmaliger dreistündiger Verhandlung zum Abschluß gebracht. Am November 1895 wurde in der Nähe des Café Bauer, Unter den Linden, ein Prellstein durch ein durchgehendes Schladter-Fuhrwerk zertrümmert. Ein großes, aber nicht gefährliches Stück des Steins blieb längere Zeit hindurch liegen. Es wurde häufig von den dort haltenden Trottoirlesern zu einem Schabernack gegen einen auf dem Boden eingeschlossenen Kollegen benutzt, indem man es heimlich in dessen Droschke legte.

Der Angeklagte bestritt seine Schuld und führte den Belastungszeugen eine Anzahl Zeugen entgegen, welche nach Ansicht des Anklägers so unglaubwürdige Angaben machten, daß der Staatsanwalt ihre Aussagen protokollieren ließ mit dem Bemerkten, daß er gegen diese Zeugen wegen Verdacht des Meineids vorgehen würde. Der Angeklagte Höhn wurde für überführt erachtet und zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. Der verhängnisvolle Prellstein soll an Gerichtsstelle in Verwahrung bleiben, um noch in späteren Verhandlungen als Beweismittel zu dienen.

Der Vorkost ist keine rechtswidrige Handlung und verpflichtet nicht zum Schadenersatz, so entschied das Reichsgericht in einer Hamburger Entscheidung, die aus der Zeit des 1898er Hamburger Bäderstreiks herkam und 1 1/2 Jahre zu ihrer Erledigung bedurft hat. Als bei jenem Streik die Arbeiterschaft sich auf seiten der Besellen stellte und über diejenigen Bädermeister den Vorkost verhängte, die die Forderungen der Besellen nicht bewilligen wollten, justierten die vorerwähnten Bäderinnungen von Hamburg-Altona-Bandsbed die Maßnahme dadurch weit zu machen, daß sie die Wählberechtigten, Wechthändler und Wechtmüller veranlaßten, sich mit ihnen solidarisch zu erklären und dann über die Bädermeister, die die Forderungen der Besellen bewilligt hatten, einen Wechthostot zu verhängen.

Urteil des Vorrichters auf und wies den Kläger kostenpflichtig ab. Ein Regie Revision ein und ließ geltend machen, die Verhängung des Beschlusses stelle sich als eine Verurteilung im Sinne des § 153 Gewerbeordnung, somit als eine strafbare Handlung dar und verpflichte zum Schadenersatz. Der VI. Civilsenat des Reichsgerichts hat die Revision jetzt abgewiesen.

**Der Restaurateur Grönd.** Friesenstr. 21, teilt uns zu dem am 21. März veröffentlichten Gerichtsbericht mit, daß in seinem Lokal niemals Damenbedienung gewesen sei.

**Im Mißbrauchsverfahren zu Elberfeld** kam am Mittwoch, als am ersten Verhandlungstage, das Jugendverbot wesentlich zu Ende. Der Erste Staatsanwalt beantragt gegen Dr. Ziel 2 Jahre, gegen Sadermann, Vorstinghaus und Berger je 1 1/2 Jahre Gefängnis und Ehrverlust, gegen Friedrichs, Hüls sen., Busch sen., je drei Monate, gegen Hübner, Gott, Sieber (Vater und Sohn) und die beiden Iffler sowie die beiden Fay und Gerlachsen je vier Monate, gegen Wombach acht Monate sowie gegen die beiden Hönneknobel, Drees und Mühlhoff sechs Monate Gefängnis. Die Rechtsanwälte Dr. Graf und Jünger beantragen die Freisprechung von Dr. Ziel, Sadermann und Berger. Das Urteil wird wahrscheinlich Montag gesprochen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Verein für Frauen und Mädchen der Arbeiterklasse.** Montag, den 2. April, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminshallen“, Kommandantenstr. 20; Vortrag des Herrn Dr. Maßke über „Prostitution“. Gäste willkommen. Der Vorstand.

**Handelskurse für Frauen.** Im länderweiten Nationalrat gab es vorige Woche eine Auseinandersetzung über Frauenrecht und weibliche Konkurrenz und zwar anläßlich der Beratung der Bundesinventionen zur Förderung der Berufsbildung. Speziell handelte es sich dabei um die Befähigung der Frauen auf dem Gebiete des Handels. Die kaufmännischen Vereine, die für ihre Unterrichtskurse vom Bunde Unterstützung erhalten, sind angewiesen worden, dieselben auch den weiblichen Handelsbesitzenden zugänglich zu machen, wogegen sie sich aber mit einer Gegenanfrage an die Behörde zu wehren suchten. Einen Vertreter dieser entgegenstehenden Konkurrenzsucht fanden die Kaufleute in dem Züricher Kaufdemokraten Dr. Amstler, für den überhaupt alle sozialen Angelegenheiten spanische Dörfer sind. Ihm schloß sich der bekannte Dr. Decurtius an und zwar von dem Standpunkt aus, daß man die billige und herabdrückende Konkurrenz der Frau nicht auch noch von oben herab stärken sollte. Als ob sie dann ohne diese Unterstützung nicht existierte. Unter den Rednern, welche das Recht der Frau auf ordentliche Berufsbildung vertraten, befanden sich u. a. Curti, St. Gallen und unser Genosse Schwind (aus dem Kanton Basel-Land). Curti bezeichnete den Widerstand der kaufmännischen Vereine gegen die Zulassung der Frauen zu den Kurien als Intoleranz. Erfreulicherweise wurde schließlich mit großer Mehrheit im Sinne der Zulassung der Frauen beschlossen.

## Sociales.

### Kapitalgewinn und Arbeitslohn.

Ein Beispiel der immer steigenden Gewinne des Kapitals liefert der Geschäftsbericht der Schlesischen Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb in Wippen für das Geschäftsjahr 1899. Dieses seit 1872 mit einem Grundkapital von 2 1/2 Millionen Mark arbeitende Unternehmen hat seit seinem Bestehen stets mit anständigen Gewinnen gearbeitet, besonders aber seit 1888 macht es immer steigende Dividenden. Die Dividende betrug in den Jahren 1888—1898 jährlich: 9 Proz., 13 Proz., 18 Proz., 18 Proz., 15 Proz., 14 Proz., 12 Proz., 9 Proz., 11 Proz., 15 Proz., 18 Proz.

Wiel reichiger aber war der Gewinn im Jahre 1899 und zwar wesentlich infolge erhöhter Verkaufspreise. Der Rohgewinn belief sich auf 9,6 Millionen Mark, der Reingewinn auf 7,33 Millionen Mark. Davon bekommen die Aktionäre als Kapitaldividende von 27 Proz. die Summe von 6 332 500 M. Die Dividende beträgt demnach in den 12 letzten Geschäftsjahren 17 1/2 Proz.

Das ist der reine Kapitalgewinn, für den die Empfänger keinen Finger zu rühren brauchen. Die Gesellschaft bezahlt aber auch anständige Arbeitslöhne; zwar, man versteht es recht; was sie ihren Kohlenarbeitern, Hüttenleuten etc. bezahlt, darüber deutet der Geschäftsbericht den Mantel der christlichen Liebe; man weiß nur allgemein, daß die Löhne dieser armen Schichten in Oberschlesien 900 M. im Jahre kaum erreichen, bei der Mehrzahl sogar weit darunter bleiben. Dagegen erfahren wir, was die Herren Aufsichtsräte für ihre mühseligen und anstrengenden Tätigkeiten bekommen. Der Anteil des Aufsichtsrats an dem diesjährigen Reibach des Werks belief sich auf 413 362 M. Zu diese Summe teilen sich 13 Herren, so daß auf jeden der respectable Jahresverdienst von 31 797 M. entfällt. Wie aufregend die Tätigkeit eines Aufsichtsratsmitglieds solcher Gesellschaft ist, dafür spricht die Thatsache, daß z. B. einer der Herren, der Oberverwalter, Dr. D. Sacher gleichzeitig in sieben Aktiengesellschaften Aufsichtsrat ist. Der Vorkler Ludwig Delbrück in Berlin W. vermaßte sogar diese gegenwärtige Tätigkeit gleichzeitig bei 15 Aktiengesellschaften anzuhängen und der Vorkler Feinberg in Breslau gar bei 17 Gesellschaften. Die Herren werden vielleicht nicht in jeder dieser Gesellschaften 30 000 M. im Jahre für ihre „Arbeit“ bekommen, sicher aber in jeder, soviel, daß jeder Arbeiter gern eine Anzahl Jahre dafür arbeitete.

Unter den Herren Aufsichtsratsmitgliedern befinden sich auch einige feudale Herren, so ein Rittergutsbesitzer v. Lössbeck, der Reichstags-Abgeordnete Prinz Helmrich zu Schönau-Carolath und der Herr Reichstags-Abgeordnete v. Kardorff, dieser sicher nur jüdischer. Die Internationalität des Kapitals wird dokumentiert durch die Thatsache, daß im Aufsichtsrat auch drei Pariser Herren sitzen, nämlich der Herzog v. Grammont, der Marquis de Beauvois und der Präfect a. D. Caffes.

**Die erste öffentliche Volksbibliothek mit Lesehalle** wird am 1. April in Magdeburg von der Stadt errichtet werden. Die Benutzung ist unentgeltlich und jedermann gestattet. Personen, die dem Verwalter nicht als verlässlich bekannt sind, müssen allerdings von einer als zuverlässig bekannten Person empfohlen werden. Geöffnet ist die Lesehalle von 11 bis 8 und von 6 bis 10, Sonntag von 11—2; des Sonntags sollte sie länger geöffnet sein, da viele Arbeiter nur den Sonntagvormittag zum Besuche verwenden können. In der Auswahl der Bücher und Zeitschriften soll völlige Unparteilichkeit in politischer und religiöser Hinsicht gelten.

**Kostenlose Beerdigung** der einheimisch verstorbenen Einwohner hat die Stadtverordnetenversammlung in Höchst a. M. beschlossen. Das ist unser Wissen der erste Fall dieser Art in Deutschland.

**Städtische Subventionierung von Arbeiterorganisationen.** Der Züricher Große Stadtrat hat einen Betrag von 2000 Fr. an die dortige Arbeitskommission nebst Arbeiterclub beschlossen. Vor einem Jahr bewilligte dieselbe Behörde eine Subvention von 2000 Fr. an die Arbeitskommission.

## Verfassungen.

**Der sozialdemokratische Wahlverein für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis** hielt am Dienstag bei Zimmermann in der Badstraße eine von etwa 300 Genossen besetzte Versammlung ab. Redacteur Ströbel referierte über: „Das Verhängen der bürgerlichen Nationalökonomie mit der Arbeiterbewegung und die Stellung der Sozialdemokratie.“ Der Vortragende ging davon aus, daß das gelegentlich zur Schau getragene Wohlwollen der sozialdemokratischen für die Arbeiterbewegung von der Sozialdemokratie mit größter Vorsicht aufzunehmen sei, wenn man nicht eine gewisse Verwirrung in die Arbeiterkreise hineinbringen und eine Verwischung unserer Anschauungen vermeiden wolle. Redner behandelte die Stellung Sembats. Der Mann, der noch

vor vier Jahren von den vernünftigen Kulturstaaten Europas schwärzte, habe sich tatsächlich zu einem Chauvinisten ersten Ranges und zum Weltmachtpolitiker gemauert. Das brauche uns nicht aufzuregen, wenn es nicht unter den Sozialdemokraten und unter denen, die sich Sozialisten nennen, sonderbare Ränge gäbe, die unverkennbar Marierungssymptome zeigten. So Uria Nothel in den „Socialist Monatsheften“ und Schappel in seiner vorgedachten Kritik Brentanos. Goffenkall werde Schappel bald einmal offener reden. — Im zweiten Teil seines Vortrags behandelte Redner den Gewerkschaftspolitiker Sembart. 1896 habe dieser die Gewerkschaftsbewegung und die politische Bewegung die beiden Weine der Arbeiterbewegung genannt, jetzt verlange er, daß die Gewerkschaften sich von der politischen Bewegung völlig trennen sollten. Diese Ansicht sei leider auch in Partei- und Gewerkschaftskreise eingedrungen. Sie werde im „Korrespondent“ und im Organ der Stadtarbeiter vertreten. Bruns von der „Breslauer Volkswacht“ habe mehrmals solche Anschauungen zum besten gegeben, ähnlich hätten sich auch Wolfenbühler und Bebel geäußert, und im Geschäftsbereich des Parteivorstandes sei demnächst von Sauer, derselbe Standpunkt vertreten worden. Im Gegensatz zu den Genannten hält Redner die sogenannte Zentralisierung der Gewerkschaften für sehr gefährlich (Zusammenschlüsse) und befürchtet von ihr eine Verwässerung der ganzen Arbeiterbewegung. Die Fische des sozialistischen Geistes müßten den Gewerkschaften erhalten bleiben, so weit es unter vollständiger politischer Gefährdung zulasse. Redner schloß dies noch näher aus und schloß mit einem warmen Ruf zum Festhalten an den Lehren von Karl Marx. (Lebhaftester Beifall.) In der sehr langen und zeitweilig äußerst lebhaften Debatte stimmten Arendse, Guttman, Dannenberg und Bruno im wesentlichen dem Referenten zu. Einige von ihnen wendeten sich außerdem gegen Tarifgemeinschaften und gegen die Kritik der großen Verbände. Bangemann trat dagegen für vollständig unpolitische Gewerkschaften ein und widersprach den Befürwortungen Ströbels, während Wunderlich es überhaupt verwarf, gewerkschaftliche Streitfragen im Wahlbereich zu erörtern. Mohrlad wandte sich gegen die Redner, die jedes gemeinschaftliche Vorgehen moderner Gewerkschaften mit den Hirschen-Dummkriechern verurteilt hatten. Nachdem Ströbel in seinem Schlusswort einige Mißverständnisse aufgeklärt hatte, trat Schluß der Versammlung ein.

**Vier Protestversammlungen gegen die Warenhaussteuer** fanden am Mittwoch wieder auf Veranlassung des Ausschusses der Warenhaus-Angestellten statt.

In der Victoria-Brauerei in der Lühovstraße referierte vor einem sehr zahlreichen, aus Damen und Herren bestehenden Publikum, der Decernent der Centralstelle für die Vorbereitung von Handelsverträgen, Dr. Vorigins, Redner kennzeichnete die wirtschaftliche Geistesbildung in Deutschland als eine solche, die der Entwicklung des Einzelnen dienlich ist. Der Detailhandel, der in seiner heutigen Form erst als Produkt der industriellen Entwicklung entstanden ist, wehre sich jetzt gegen diese Entwicklung. Die von der Konkurrenz der Warenhäuser bedrängten Kleinhandlärer wachen es mit den Bazaren so machen, wie seiner Zeit die Weber in Langenbielen mit den Maschinen. Die sie zerstückeln, weil dieselben die Handarbeit verdrängen. Finanzminister Miquel habe im Abgeordnetenhause gesagt, das Gesetz solle die Entwicklung nicht hindern, sondern mit verlangsamten. Redner glaubt, daß die Warenhaussteuer den Bazaren nicht schade, sondern deren Entwicklung sogar fördern werde, denn der Geschäftsumsatz, dessen Reingewinn von 10 000 M. durch die Steuer auf 7000 M. herabgedrückt wird, werde natürlich bestrebt sein, den Betrieb darauf zu vergrößern, daß sein Gewinn trotz der Steuer der gleiche bleibe, oder wenigstens noch steige. Die Masse des Volkes sei es, die auch diese Steuer tragen müßte, sei es als Konsumenten, als Angestellte der Warenhäuser, oder als Arbeiter solcher Fabriken, die für Warenhäuser arbeiten. Redner ist der Meinung, daß die Regierung dem Entwurf in der Form, die ihm die Kommission gegeben hat, nicht zustimmen werde. Sollte sie aber dennoch diese Absicht haben, so sei es Pflicht aller Gegner des Gesetzes, mit einem energischen, entschiedenen „Nein“ zu antworten. (Lebhaftester Beifall.) Nachdem die Diskussion eine Zeit lang zwischen Gegnern und einzelnen Anhängern der Warenhaussteuer geführt worden war, nahm die Versammlung eine Resolution an, welche von der Regierung und dem Abgeordnetenhause die Anlehnung des Gesetzes zurückfordert. In der weiteren Diskussion nahm auch der Reichstags-Abgeordnete Richard Fischer das Wort. Er legte treffend, und oft von lebhaftem Beifall unterbrochen, die Gründe dar, welche die Sozialdemokratie veranlassen, dem Warenhausgesetz ablehnend gegenüber zu stehen. Es sei Wahnsinn, wenn man von der Gesetzgebung erwarte, daß sie die wirtschaftliche Entwicklung aufhalten könne. Wenn das Gesetz die kleinen Existenzen schädigen soll gegenüber dem Großkapital, dann müßten doch die Anhänger des Gesetzes dessen Anodehung auf alle Großbetriebe, besonders auch auf die industriellen, verlangen. Warum das nicht geschieht, die Antwort liegt nahe: Keine Regierung könne auf solche Vorschläge eingehen. Herr v. Miquel wisse ganz gut, daß dies Gesetz nicht die Wirkung hat, die die Mittelstandsvertreter erwarten. Gegenüber der Behauptung eines Döhlenschneiders: Die Warenhaussteuer würde die Steuer nicht auf die Angestellten abwälzen, meinte Genosse Hüßler, eine solche Gefahr sei in der That zu befürchten. Habe doch das Kaufhaus von Jordan wegen des salutarischen Geschäftsganges im letzten Jahre die sonst an die Angestellten gezahlten Gratifikationen etc. abgeheftet. Daß übrigens die Angestellten in sogenannten christlichen und patriotischen Häusern keineswegs besser beschienen, wie das Personal der viel verdienstlichen jüdischen Bazarinhaber, beweise der Umstand, daß im Jordanschen Geschäft Verkäuferinnen jahrelang für ein Monatsgehalt von 35 Mark arbeiten mußten, nachdem sie als Verkäuferinnen 6 Monate lang nahezu für nichts hätte thätig sein müssen. Seine Ansicht als Sozialdemokrat — sagte der Redner — gebe ja dahin, daß zwischen Prinzipal und Angestellten eine Interessen-Gemeinschaft nicht vorhanden ist. Aber in der Frage der Warenhaussteuer sei das Interesse beider bis zu einem gewissen Grade ein gemeinsames. Den Widerspruch dieses Gesetzes erkenne man, wenn man bedenkt, daß es denjenigen mit hoher Steuer bestraft, der es versteht, einen großen Umsatz zu erzielen, indem er am einzelnen Artikel nur einen kleinen Profit macht, während auf der anderen Seite die Geschäftsleute bestraft werden, die durch größeren Profit im einzelnen das Publikum in höherem Maße ausbeuten. Nachdem der Redner mit wenigen Worten die Stellung der Sozialdemokratie zur kapitalistischen Entwicklung gekennzeichnet hatte, schloß er mit der Warnung an die Handelsangestellten, einig zusammen zu halten, nicht nur in der vorliegenden Frage, sondern auch bei jenen Gelegenheiten, wo es gilt, ihre Interessen auch gegenüber den Prinzipalen zu schützen. — Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten war die Versammlung beendet.

Im Kongerthaus Sandjoui tagte eine von etwa 1000 Personen besetzte Versammlung. Hier hatte Stadiverordneter Rosenow das Referat übernommen. In der Diskussion sprachen außer einer Reihe von Gegnern der Warenhaussteuer auch einige „deutsch-nationale“ Handlungsgehilfen für dieselbe. Zwei Mitglieder des Centralverbandes der Handlungsgehilfen waren es besonders, die den „deutsch-nationalen“ Herren entgegenstehen. Eine Protestresolution wurde gegen die Stimmen der „Deutsch-Nationalen“ angenommen, die sich vergebens bemühten, durch wästen Kärm die Versammlung zu stören. In den Germania-Sälen in der Chausseestraße, wo etwa 2000 Personen anwesend waren, referierte Redacteur v. Gerlach. Auch hier wurde die Protestresolution gegen die Stimmen einer Schaar von Antisemiten angenommen. Aus den Reihen der letzteren wurde eine Resolution für die Warenhaussteuer eingebracht. Der Einbringer der Resolution hatte die Unverfrorenheit, dieselbe „im Namen der Sozialdemokratie“ zu unterzeichnen. Das Gebahren dieses Herrn fand mehrere unter anwesenden Parteigenossen die gebührende Zurückweisung. Schließlich gelang es den radikalistischen Elementen der „Deutsch-

Nationalen“, die Versammlung während der Schlußausführungen des Referenten zur polizeilichen Auflösung zu bringen.

In der Versammlung im Lokal des Herrn Keller, Stopenstraße, sprach Privatdocent Dr. Preuß. Redner wurde mehrfach durch Zwischenrufe unterbrochen und mußten einige Redner aus dem Saal vertrieben werden. In der Diskussion lehnten die Handlungsgehilfen Maß und Gräß die geplante Steuer ab und wurde schließlich mit großer Majorität die Resolution angenommen.

**Eine öffentliche Schlichter-Versammlung** fand am Sonntag, den 23. März, in Feuerzeugs Restalen statt. In erster Linie wurde da über die an die Kommission für Arbeiterstatistik zu sendende Petition verhandelt und deren Abänderung beschlossen. Ferner wurde unter Gewerkschaftlichem der Wunsch ausgedrückt, die Zeitung „Der Gleicher“ für die Mitglieder des Verbands der Schlichtergehilfen gratis zu veröffentlichen und dafür den Monatsbeitrag auf 60 Pf. zu erhöhen. Von der Wahl einer Kommission, die bei den Meistern vorstellig werden sollte wegen der Abschaffung der Sonntagsschlichtung wurde Abstand genommen, da die Angelegenheit einflussreicher auf andere Weise erledigt worden ist. Trotzdem diese Versammlung nicht gerade gut besucht war, indem zur selben Zeit noch eine Versammlung des Vereins „Arbeiteridung“ tagte, wurden doch eine größere Anzahl Ausnahmen für den Verband der Schlichtergehilfen bewirkt. Es scheint auch hier mit der Organisation zwar langsam aber stetig vorwärts zu gehen.

**Die Schildermaler** hielten am Montag eine öffentliche Versammlung ab, in der namentlich die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Grund u. Co. einer lebhaften und längeren Besprechung unterzogen wurden. Das Verhalten einiger Kollegen, die nicht nur für niedere Löhne, sondern aus eigenem Antrieb mit vielen Nebenarbeiten arbeiten, wurde lebhaft getadelt. Im übrigen wurden alle Schildermaler ersucht, nicht nur für Beseitigung der Uebelstände in dieser Branche zu sorgen, sondern sich auch der hier bestehenden Organisation anzuschließen.

**Der Centralverband der Zimmerer** tagte am Sonntag in den „Arminshallen“. Eingangs hielt Genosse Kister einen Vortrag über Arbeiterkrankheiten, worauf Leonhard über die Konferenz der Vertreter sämtlicher Holzstellen der Provinz Brandenburg Bericht erstattete. Die Diskussion drehte sich besonders um die Thatsache, daß trotz der Erfolge der Organisation auf dem Lande immer noch eine große Anzahl Zimmerer abseits stehen. Als Ursachen wurden die verschiedenartigsten genannt, und zugleich an alle diejenigen Kameraden, die das Zeug dazu haben, appelliert, sich organisatorisch zu betätigen, um zu noch weiteren Erfolgen zu gelangen. Zur Wasserfrage sagte die Versammlung keinen Bescheid, sondern es wird allseitig als selbstverständlich gehalten, den 1. Mai würdevoll durch Arbeitsschreie und Beise einer Zeitungsverammlung zu feiern, deren Inauguration von dem Bureau erwartet wird. Hieran bewilligte die Versammlung den angesprochenen Holzarbeitern 2000 M. und sagte gegebenenfalls noch weitere Unterstützung zu.

**Die Korbmacher** nahmen in der Versammlung am 20. März den Bericht über die Tätigkeit der Werkstatt-Kontrollkommission entgegen, worauf die Renwahl derselben erfolgte. Die Lohnbewegung gab zu einer längeren Besprechung Anlaß. Man beschwor, eine Versammlung mit den Meistern abzuhalten, um eine Einigung herbeizuführen.

**Die Drohschleusen** hielten am Mittwoch eine Versammlung ab. Zunächst erstattete F. L. H. den Bericht über die Tätigkeit der Agitationskommission im verflochtenen Jahr. Das seit dem letzten Anstand der Drohschleusen eingeführte Vertrauensmännersystem hat sich sehr gut bewährt. Außer den 13 besonderen Sitzungen haben 6 öffentliche Versammlungen stattgefunden. Auch die Einnahmen haben sich gesteigert, so daß mit dem Bestand von 2220 M. dem letzten Jahre, ein Gesamtbestand von etwa 4800 M. vorhanden ist. Aug. Schulz bemerkt in Hinblick auf die Anwesenheit einiger anwesender Kollegen, daß die Verhältnisse der Berliner Drohschleusen, infolge der regen Agitation unter denselben, bessere seien, als in anderen deutschen Großstädten. Dem Dium der Agitationskommission wird Entlastung erteilt, und hieran die Renwahl der Kommission von 10 Mitgliedern für alle Bezirke Berlins vollzogen. Rosenblatt, Feising und Schepe werden als Revisoren ernannt. Hermann Schulz erstattete einen sehr ausführlichen Bericht über seine und die Tätigkeit der Berliner Gewerkschaftskommission, worauf er wieder als Delegierter, Händer als Stellvertreter zu derselben ernannt werden. Vom April ab soll eine rege Agitation zur Abschaffung der weißen und allgemeinen Einführung der schwarzen Güte für Drohschleusen entfaltet werden.

**Der Verein deutscher Schuhmacher** hielt am 26. und 28. d. 5 Brandenburger Versammlungen ab, welche sich sämtlich mit der Beratung des von der Tarifkommission ausgearbeiteten Einheitsstärkes beschäftigten. Wie aus den Verhandlungen hervorgeht, sind in der Berliner mechanischen Schuhwaren-Industrie seit einigen Jahren in Bezug auf die Löhne Mißstände eingetreten, welche dringend der Regelung bedürftig, so sind namentlich die Löhne in der Hülfsindustrie seit den Jahren 1894 um durchschnittlich 1/3 ihres damaligen Betrags gesunken. Die Verhältnisse der Bezahlung für ein und dieselbe Arbeit sowie die immer wieder vorgenommenen Lohnreduzierungen bilden eine stete Quelle von Differenzen zwischen Fabrikanten und Arbeitern. Dies zu beseitigen soll der Einheitsstärkes bezwecken und hat die Kommission, um einen Ausgleich zu finden, in vielen Fällen selbst davon Abstand genommen, die Höchstbezahlten Preise als Norm zu nehmen. Die Vorschläge der Kommission müßten demnach auch mit einigen kleinen Abänderungen, bis auf den Tarif der Maschinenarbeiter und Puger, welcher nicht zu Ende geführt werden konnte, angenommen. Nachdem der Tarif fertiggestellt, soll derselbe von der Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher dem Fabrikantenverband unterbreitet werden, und wird sich ja dann herausstellen, inwieweit die Herren Fabrikanten geneigt sind, auf die gemachten Vorschläge einzugehen.

**Charlottenburg.** Zu einer Versammlung der Handels-Hilfsarbeiter sprach hier am 25. März Straube über die Mißstände in einigen Betrieben. Redner beschäftigte sich mit den Verhältnissen bei Siemens u. Halske, Westfäl u. Heinholt, Löwe und Zimmermann u. Sohn. Der Aufforderung, der Organisation der Hilfsarbeiter beizutreten, wurde vielfach nachgegeben.

**Wannsee.** Es geht überall vorwärts. Nach jahrelangem Bemühen ist es der Arbeiterchaft gelungen, in dem fast ausschließlich mit Wolln belegten Vorort Berlin am Wannsee ein Lokal zu Verfassungen zu erhalten. Am Montag, den 26. März, abends 8 Uhr, fand im Lokal Hirschhof die erste Volksversammlung statt. Dieselbe war überaus zahlreich aus dem Segnern besucht. Auf der Tagesordnung stand die Flottenvorlage, zwiend die am 28. März d. J. stattfindenden Gemeinderatswahlen. Bevor man in die Tagesordnung eintreten konnte, mußten die anwesenden Frauen, weil nach Ansicht des überwachenden Gendarmen die Frauen nicht zum Volke gehören, den Saal verlassen. Das Referat hatte der Reichstags-Abgeordnete des Kreises, Hr. Jubel, übernommen. Redner entledigte sich seiner Aufgabe in trefflicher Weise. In der Diskussion meldete sich von den anwesenden zahlreichen Gegnern niemand. Die gefasste Resolution fand einstimmige Annahme. Im zweiten Punkt der Tagesordnung: Beteiligung an den Gemeinderatswahlen resp. Aufstellung eines Kandidaten für den Gemeinderat, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen in erster Linie zwischen den anwesenden bürgerlichen Parteien selbst. Der bisherige Vertreter Gahmst Emdert mußte sich manchen Angriff gefallen lassen. Die schwersten Angriffe gegen die Gemeinderatsvertretung wurden von einem Gemeinderatslehrer geführt, der bemerkte, daß die Jugendüber in bezug des Gehalts schlechter gestellt seien, als der Stadtschlichter und der Gemeindeführer des Orts. Er schloß mit den Worten, gleichgültig, welcher Partei der zu wählende Vertreter angehört, nur unparteiisch soll er seines Amtes walten. Als Kandidat für die bevorstehende Wahl wurde hierauf Maurer Wägle gegen eine Stimme aufgestellt.

**Reinickendorf.** Am 26. März sprach hier Reichstags-Abgeordneter Rosenow über die reaktionären Bestrebungen der Agrarier. Die Versammlung sollte dem Redner lebhaften Beifall zu seiner trefflichen Kritik der agrarischen Ausbeutung.

Öffentliche Verammlung gegen die Warenhaussteuer am Freitag, den 30. März, abends 8 1/2 Uhr, im Böhmischen Stadtsaal, Potsdamer Allee 11. Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten Kosenow über: Unsere Stellung zur Warenhaussteuer. 2. Freie Aussprache.

Marktpreise von Berlin am 28. März 1900. nach Ermittlungen des kgl. Polizeipräsidiums. Tabelle mit 4 Spalten: Ware, Preis, Ware, Preis.

Ermittelte pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer - Winterungsstelle - und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppelcentner.

Produktenmarkt vom 29. März. Am Getreidemarkt war das Geschäft wenig lebhaft, da die Lagerbestände noch reichlich vorhanden sind.

Inländische Angebot nachläßt und die Preisforderungen nicht erniedrigt werden. Weizen lag sehr fest. Auch Rindfleisch, das Spiritusmarkt war fest.

Getreidebericht vom 29. März. Normale Getreide je nach Qualität von 2,70-3,05 M. per Schock.

Witterungsübersicht vom 29. März 1900, morgens 8 Uhr. Tabelle mit 4 Spalten: Stationen, Witterung, Stationen, Witterung.

Wetterprognose für Freitag, den 30. März 1900. Zeitweise heiter, vorübergehend wolfig und kühl bei schwachen nördlichen Winden.

Briefkasten der Redaktion. Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 6-8 Uhr abends statt.

S. 2. 25. Wenden Sie sich an Dr. Friedberg, Büdenerstr. 10, dort erhalten Sie nähere Auskunft.

S. 3. 17. Das erfahren Sie am besten im Anstaltsbüro eines hiesigen Bahnhofs.

S. 3. 300. Der Beitrag steht nicht im Wege. Die Befürchtung ist unbegründet, so lange der betreffende für seine Mutter sorgt.

S. 3. 48. Ist Ihr Antrag auf Unterbringung von der Kommission abgelehnt, so können Sie sich schriftlich beschwerdefähig an die Kommission wenden.

Briefkasten der Expedition. S. 19. Interat kostet 3,20 M.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

- Freitag, den 30. März. Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf der Wartburg. Anfang 7 1/2 Uhr.

Urania

Tanzenstrasse 48/49. Im Theater abends 8 Uhr: „Von den Alpen zum Vesuv“.

Passage-Panopticum. 35 Togo-Neger. (28 Mädchen, 5 Männer, 2 Kinder).

CASTANS PANOPTICUM. 165. Friedrichstr. 165. Im glänzend restaurierten Theatersaal.

Central-Theater. Dichtung: José Ferenczy. Zum letzten Male: Die Puppe.

Schiller-Theater (Wallner-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Hinrich Lornsen.

Carl Weiss-Theater. Gr. Frankfurterstrasse 132. Täglich: 8 Uhr: Der Winkelfürst von Transvaal.

Thalia-Theater. Tel. Amt IVa 6440, Drossenstr. 72/73. Täglich: Kircschlacherfolg: Im Himmelhof.

Metropol-Theater. Täglich um 9 Uhr 30 Min.: Verkehrte Welt! Weiber-Parade.

Apollo-Theater. Heute zum 102. Male: Im Reiche des Indra.

W. Noacks Theater, Blumenstrasse 16. Der Gold-Dukel.

Cirkus Busch. Nur noch kurze Zeit! Heute Freitag, den 30. März 1900.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Heute Freitag, keltes Soiree.

Cirkus Schumann. Donnerstag, den 12. April: Unübertrefflich letzte Vorstellung.

Doktor Faust. Eine romantisch-phantastische Handlung in drei Akten.

Alle Leute, die auf ihre Gesundheit achten, sollten an Stelle des schädlichen Bohnenkaffees Kathreiners Malzkaffee trinken.

Palast-Theater. Heute zum 102. Male: Im Reiche des Indra.

W. Noacks Theater, Blumenstrasse 16. Der Gold-Dukel.

Cirkus Busch. Nur noch kurze Zeit! Heute Freitag, den 30. März 1900.

Sanssouci. Kottbuserstr. 4a. Heute Freitag, keltes Soiree.

Cirkus Schumann. Donnerstag, den 12. April: Unübertrefflich letzte Vorstellung.

Doktor Faust. Eine romantisch-phantastische Handlung in drei Akten.

Orts-Krankenkasse der Klempner. Sonntag, den 8. April, vormittags 10 Uhr, Annahmest. 16.

Orts-Krankenkasse der Buchbinder etc. Die Bureaufunden von 6 bis 8 Uhr abends können am Sonntag, den 31. März, noch nicht abgeholt werden.

Achtung, Vereine! 1. Osterfeiertag großer Saal für 300 Personen frei.

Anzüge und Paletots von 30 M. an, liefert elegant Abend 39420.

Die weltbekannte Bettfedern-Fabrik Ostfahrling, Berlin.

Schultze, Wasserthor-Str. 1/2. Behandlung aller Haut-, Blasen- und Darmliden ohne Zerstoß.

Fuselrein! muß es sein, was Sie trinkt. Unbeding!

Theodor Mehner. Im Alter von 70 Jahren. Geburtsort: Wilmannsberg.

Willy Fischer. Im 28. Lebensjahre. Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme tiefbetört an.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Todes-Anzeige. Am Mittwoch, den 28. März, starb unser langjähriges Mitglied, d. Dreher.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Die Beerdigung findet am 31. März, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofs bei St. Nikolai-Gemeinde, Prenzlauer Allee 7, aus statt.

Berein socialdemokratischer Gast- und Schankwirte. Die Beerdigung findet Freitag, den 30. März d. J., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshagen aus statt.

Albert Mitternacht. Die Beerdigung findet Freitag, den 30. März d. J., nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Krankenhauses am Friedrichshagen aus statt.

Karl Schleckmann. Im 29. Lebensjahre. Um stille Teilnahme bittet.



Adomeit & Landau. Lothringerstrasse 48 I. Nicht am Rosenthaler Thor.

Haut- und Harn-Leiden ohne schädliche Mittel. E. Herrmann, Apotheker, Georgenkirch-Platz Nr. 21.

Hutlager 3,45 A. Rosenblum 3,45. Eröffnung der 8. Filiale Spandauer Brücke 6.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

(Zahlstelle Berlin.)

Vom 2. April ab befindet sich unser Verbandsbureau und Arbeitsnachweis im

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, 1 Treppe.

Telephon: Amt VII Nr. 3258.

Sonnabend, den 31. März, bleibt der Arbeitsnachweis unbenutzt. 39 des Umzugs wegen geschlossen.

# Musikinstrumenten-Arbeiter.

Sonntag, den 1. April, vormittags 10 Uhr.

im Lokal des Herrn Brüder („Zücker“), Waldemarstraße 75: **Bränden - Versammlung.**

Tages-Ordnung: 1. Bericht über die Beendigung des Streikereignisses und die Handlungswelt unserer Fabrikanten während des Streiks. 2. Beschlüsse. - Kollegen, die Tagesordnung erfordert es, daß jeder pünktlich erscheint.

Für die ausgesperrten Tischler gingen folgende Beträge ein: ... (List of names and amounts) ...

# Fachverein d. Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins u. Umg.

Montag, 2. April, abends 8 1/2 Uhr, bei Herrn Graumann, Rannstr. 27:

# Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Leipziger über: Die Angabe der ...

Zur Nachricht, daß am Sonntagmorgen 4 Uhr die ...

# Achtung! Schneider Berlins!

Freitag, 30. März, vorm. 10 Uhr, im Friedrichstadtschen Kasino, Friedrichstr. 236:

# Große öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Der Stand unserer Bewegung. 2. Diskussion. 3. Beschlüsse.

Der Vertrauensmann.

# S. Neumann's Central-Bazar, 62 Andreasstraße 62 und 20 Münzstraße 20

Haar- und Küchengeräten, Emaille, Glas, Porzellan, Holzwaren, Besenwaren, Lampen usw.

# Kleine Anzeigen.

Verkäufe. ... (List of small advertisements) ...

# Verband der Möbelpolierer.

Freitag, 30. März, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal Königsbank, Frankfurtstr. 117:

# Ausserordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Streikmittels. 2. Wahl eines Vorsitzenden. 3. Wahl ...

# Charlottenburg. Achtung! Schneider u. Schneiderinnen.

Sonntag, den 1. April, nachmittags 4 Uhr: **Große öffentliche Versammlung** im Lokal des Herrn Lehder, Bismarckstr. 74.

Tages-Ordnung: 1. Gründung einer Zentrale und Wahl der Ortsverwaltung des ...

# Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin. Vom 1. April ab befindet sich unser Bureau

Engelauer 15 I, links, im Gewerkschaftshaus. Telephon: Amt VII, 353.

Das Bureau ist während dieser Tage nur für die dringenden ...

Die Ortsverwaltung.

# Konsumverein Berlin-Süd.

Montag, den 2. April 1900

# Eröffnung der 1. Verkaufsstelle Arndtstrasse 5.

Mitglieder des Vorbereitungs-Vereins, welche ihre Beitritts- ...

Namhafte Ersparnis im Haushalt erzielt die Hausfrau mit

Lesl. Frühstücks-Suppen Gemüse- und Kraftsuppen Bouillon-Kapseln Suppen-Würze

Große Auswahl, stets frisch bei Herrn Zenoeko, N. Hochmeisterstr. 13.

# Möbel-Offerte!

Wegen Aufgabe werden Kronprinzstr. 22, bei der Oranienburger- ...

Zähne 2 M. 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahn-

Charlottenburg. N. Schmerberg 15079- ...

Natur-Heilverfahren. Haut-, Horn- u. Blasenleiden.

Karl Hustädt, Berlin O., 85 pt. Rappelschtrasse

S. Neumann's Central-Bazar, 62 Andreasstraße 62 und 20 Münzstraße 20

# Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.

# Erfurt-Ilversgehofen

Beste Zuthaten.

Renommirtes Fabrikat.

Wir empfehlen: Herren-Zugstiefel, gewallt, Spezialität 7 M.

Arbeitschuhe, weill. solid, kräftig, 4.50 bis 6.50 M.

Damen-Zugstiefel 2.60, 3.50, 4.50, 5.50 bis 11 M.

Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, überst. solid gearbeitet.

Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2.50 M. an.

Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen aufgestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen.

Verkaufsstellen: Berlin SW., Belle-Alliance-Str. 102.

Frankfurt a. M., Korbhaus-Str. 26.

München, Sendlingerstr. 10.

Hamburg, Steinstraße 16.

Breslau, Hauptstr. 75.

Düsseldorf, Schadowstr. 57.

# Wein

zum Ausschank sehr geeignet! süß, rot, wie Portwein, ausgezeichnet im Geschmack.

garantiert rein, 10 Ltr. M. 7.-, 100 Ltr. 65.-, Ochoff M. 120.-

Eugen Neumann & Co., Berlin SW., Hollmannstr. 16.

# Für Dampferpartien und Ausflüge!

„Zum Sporthaus“ in Ziegenhals bei Zeuthen.

Neu eröffnet! Herrlich am Wald und Wasser gelegen. Dampferver-

Hugo Engel, Berlin O., Fünffelderstr. 87. Tel.: Amt VII, 3242.

# S. Neumann's Central-Bazar, 62 Andreasstraße 62 und 20 Münzstraße 20

Haar- und Küchengeräten, Emaille, Glas, Porzellan, Holzwaren, Besenwaren, Lampen usw.

# Kleine Anzeigen.

Verkäufe. ... (List of small advertisements) ...



Communales.

Stadtverordneten-Versammlung.

13. Sitzung vom Donnerstag, den 20. März, nachmittags 5 Uhr.

In den Anschlag zur Vorbereitung der Vorlage wegen Umgestaltung und Anpflasterung des Schloßplatzes sind auch die Stadtv. Borgmann und Singer deputiert: Vorsitzender ist Stadtv. Kallmann.

Die Beratung des Stadthaushalts-Etats für 1900 wird fortgesetzt. Der Special-Etat der Gemeindefschulen, über welchen Stadtv. Bruns namens des Staatsausschusses referiert, war in der vorigen Sitzung nicht erledigt worden.

Vom Stadtv. Preuß ist in der vorigen Sitzung ein Antrag eingebracht worden, mit der definitiven Anstellung der technischen Lehrerinnen schneller vorzugehen, soweit sie voll beschäftigt sind, d. h. dauernd 24 Stunden wöchentlich erteilen.

Stadtschulrat Vertxam hält es nicht für durchführbar, die definitive Anstellung bei sämtlichen Lehrerinnen schon im Etat für 1900 vorzunehmen; es müsse schrittweise vorgegangen werden.

Stadtv. Wallach: Man kann nur successive vorgehen. Von 600 technischen Lehrerinnen werden nach Annahme des Etats im ganzen 170 angestellt sein.

Stadtv. Schwabe: Schon die Schwierigkeit, für die betreffenden Lehrerinnen die volle Stundenzahl zu beschaffen, wirkt dem Antrag Preuß entgegen.

Stadtschulrat Vertxam: Es sind möglichst wenig neue Damen angenommen, vielmehr ist die Stundenzahl der vorhandenen thunlichst vermehrt worden. Den jetzt angestellten 118 sollen im neuen Etatsjahr 57 hinzutreten.

Stadtv. Preuß: Ich trete dem Antrag Schwabe bei, schon um damit dem Kollegen Wallach zu beweisen, daß ich nicht bloß tendenziös nach außen hin Eindruck machen will.

Der Antrag wird in der Hoffnung Schwabe angenommen. Zum Hochbau-Etat, über den ebenfalls Stadtv. Bruns berichtet, ist im Anschlag auf Anfrage erklärt worden, daß die Bau-deputation nach langer Beratung beschlossen hat, in die Submissionsbedingungen die sogenannte Streif-Klausel nicht aufzunehmen.

Ohne jede Debatte wird dieser mit 8 Millionen dotierte Etat fällig.

Der Etat der Straßenbeleuchtung hat keine Veränderung erfahren. Zum Etat der Straßenreinigung und Anpflasterung schlägt der Anschlag vor, in einer Resolution den Magistrat zu ersuchen, die Lohnsätze für die ansehnlichweise beschäftigten Arbeiter (jetzt 2,25 M.) angemessen zu erhöhen.

Vom Referenten Stadtv. Wallach wird bei dieser Gelegenheit mitgeteilt, daß die Zahl der ungeschulten Handlader und Laternen im Jahre 1897/98 247 bezw. 621, 1898/99 281 bezw. 662, 1899/1900 353 bezw. 665 betragen hat.

Die Resolution des Staatsausschusses wird angenommen, die beiden Etats gelangen ohne Debatte nach den Anschlagentwürfen zur Feststellung, nachdem Stadtv. Michelet darauf hingewiesen hat, daß die städtischen Straßenlaternen vielfach geradezu von Schmutz starren, und eine gründliche Abplattung empfohlen hat.

Am Specialetat „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ sind vom Anschlag eine Reihe von Veränderungen vorgenommen worden. Zunächst soll der Magistrat ersucht werden, die Tälchen des zweiten wissenschaftlichen Hilfsarbeiters beim städtischen statistischen Amt von 2160 M. zu erhöhen. Die Etatsausgabe für das Statistische Amt, für das Märkische Provinzialmuseum, für das Gewerbegericht, die Volksbibliothek und Verhältnisse werden zur unveränderten Genehmigung empfohlen. Bei der Einnahmeposition „Abgabe von der Großen Berliner Straßenbahn“ ist als einzige lebhaftste Klage über den Mangel an Entgegenkommen seitens derselben geführt und der dringende Wunsch ausgesprochen worden, daß man behufs Aufhebung des Vertrags zur Klage schreiten möge. — Die vorjährige, vom Magistrat bisher unberücksichtigt gelassene Resolution, behufs Einstellung eines Betrages von 6000 M. zur Verfügung des Stadtverordneten-Vorsitzers eine Vorlage zu machen, soll erneuert werden. Von den Beiträgen und Geschenken an Vereine und Institute“ hat der Anschlag gestrichen: 1000 M. Beitrag an den Berliner Hausfrauenverein zur Prämierung von Dienstboten, die geforderte Erhöhung des Zuschusses für die „Freiwillige Comitésolome Berlin“ von 500 auf 1000 M.; 1200 M. Extrabeihilfe für das Magdalenensitz in Berlin; 1500 M. Beihilfe für den Verein für Kindervollstättung (weil man nicht ein Institut unterstützen wolle, das geeignet sei, den Familienzusammenhang immer mehr zu zerreißen). Dagegen soll der Magistrat um Erhöhung der Beihilfen an die Humboldt-Akademie von 1500 auf 2000 M., an den Verein „Kinderhort“ von 6000 auf 8000 M. ersucht werden.

Stadtv. Dünz spricht über die Tätigkeit des Gewerbegerichts insbesondere in seiner Eigenschaft als Einigungsamt, wie sie sich noch in den letzten Tagen so ersprießlich bewährt habe, seine Anerkennung und den darin beschäftigten Beamten und den Vertretern der Arbeitgeber und Arbeiter seinen Dank aus. (Beifall.)

Stadtv. Bruns: Ich habe dem Dank nichts hinzuzufügen, muß aber doch darauf hinweisen, daß gerade meine Freunde es gewesen sind, welche jahrelang um diese Einrichtung hier gekämpft haben, bevor die Reichsregierung dazu die Hand habe bot. Wir haben damals vorangeschritten, daß sie segensreich für beide Teile wirken würde. (Beifall.)

Stadtv. S o s s: Auf die Worte dieses Dankes haben wir uns alle vereint. Es war nicht notwendig, daß bei dieser Gelegenheit noch jemand für sich Privatgeschäfte machen wollte. Ich möchte der Legendenbildung entgegenreden, daß wir lediglich der Socialdemokratie diese Einrichtung verdanken.

Stadtv. S i n g e r: Die Vermutung des Vorredners erinnert mich an das Sprichwort: Es sieht niemand einen andern hinter der Thür, hinter der er nicht selbst gesessen. (Sehr gut!) Herr S o s s ist im Irrtum. Es ist zuerst von meiner Seite der Antrag gestellt worden, ein Gewerbegericht einzurichten. Dieser Antrag ist, wenn ich mich nicht sehr irre, einmal abgelehnt worden, dann ist er wiederholt und es sind Verhandlungen eingeleitet worden; aber die Sache wurde so lange verzögert, bis das Reichsgesetz kam, und dann erst ist die Sache gemacht worden. Was die Tätigkeit der Herren am Gewerbegericht anlangt, so ist es zweifellos richtig, daß man diese teils freiwillige, teils amtliche sehr arbeitsreiche Tätigkeit anerkennen muß. Aber aus dem allgemeinen Dank darf nicht geschlossen werden, daß die Entscheidungen absolut und ohne jede Ausnahme gebilligt werden können. Eine Reihe principielle Fragen ist gerade seitens des Berliner Gerichts in ihrem Sinne entschieden worden, mit dem andern Gerichte nicht übereinstimmend, und es sind das gerade principielle Fragen, wo einheitliche Entscheidungen besonders erwünscht gewesen wären. Auch ich wünsche, daß das Gewerbegericht weiter so arbeiten möge, daß an dieser Stelle unparteiisch die beiderseitigen Interessen wahrgenommen werden, und ich danke auch dem Vorsitzenden des Gerichts dafür, daß es ihm mit dieser Wahrnehmung ernst ist. Das ist um so erfreulicher, als es heutzutage nur von sehr wenigen Seiten geschieht.

Stadtv. B o r g m a n n: Es giebt in der städtischen Verwaltung eine Reihe von Forderungen, welche wir mit Nachdruck jahrelang verfolgt haben, ohne dabei auf Verständnis in der Versammlung zu stoßen. Ich erinnere nur an die Sonntagruhe, an die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie (Sehr richtig!) — erst durch neue gesetzliche Bestimmungen muß sich die große Stadtgemeinde Berlin hierzu zwingen lassen. (Vorsitzer L a n g e r h a u s: Wir sind beim Gewerbegericht!) Herr Vorsitzer, beim Gewerbegericht war es ja seiner Zeit genau so (Weiterkeit); Stadtrat Häbner hat damals diese Forderung bekämpft. Heute müßten Sie diese Einrichtung in dieser glanzvollen Weise anerkennen! (Beifall.)

Stadtv. Rosenow spricht sein Entsetzen darüber aus, daß der Magistrat auf die Resolution betreffend die 5000 M. zur Verfügung des Vorsitzers nicht einmal eine Antwort übrig gelassen hat. Es sei doch notwendig, dem ersten Bürger von Berlin eine Summe zur freien Disposition zu stellen, zumal der Oberbürgermeister über einen Fonds von 19 000 M. frei verfüge.

Die Resolution wird mit großer Mehrheit abermals beschloffen. Auch die übrigen Anträge des Tages werden von der Versammlung zum Beschluß erhoben.

Nur bezüglich der Subvention des Kinder-Volksschülervereins erhebt sich eine Debatte, da Stadtv. Karl Goldschmidt die Bewilligung der 1500 M. beantragt, indem er ausführt, daß durch die Sperrung der betr. Kinder der Familienzusammenhang nicht erst zerrißen werde, da er in den nächsten Tagen durch die krasseste Not zerfallen sei.

Stadtv. Dünz empfiehlt auch den Antrag Goldschmidt und bittet, sich nicht etwa von Antipathie gegen die Persönlichkeit des Vorsitzenden des Vereins bestimmen zu lassen. (Zuruf: Taktlos!) Nachdem noch Stadtv. S o s s für den Antrag eingetreten, beschließt die Versammlung mit großer Mehrheit, den Antrag von 1500 M. zur Subvention des Vereins zu bewilligen.

Stadtv. Bruns: Auf meine Beschwerde über die Straßenbahn-Gesellschaft haben wir im Anschlag keine Antwort erhalten und müssen deshalb jetzt darauf zurückkommen. Die Wartezimmer für das Publikum an den Endpunkten der einzelnen Linien sind noch immer nicht zu entleeren; die Heizung der Wagen ist nur unvollkommen durchgeführt. So wenig wie in diesem Punkte wird der Vertrag mit der Stadt innegehalten im Punkte der Beschäftigungszeit der Angestellten, der Verbesserung der Fahrpläne etc. Der sogenannte variable Fahrplan, der jetzt eingeführt ist, ist thatsächlich eine Verhöhnung des Publikums, da die Gesellschaft jetzt ganz nach Belieben Wagen gehen oder ausfallen läßt. Nach Erfordernis sollen Arbeiterfahrwagen eingelegt werden; die vorhandenen tragen keineswegs auch nur dem dringendsten Bedürfnis Rechnung. Sehr häufig sind Arbeiter, die nicht mit dem Frühwagen mitkommen konnten, gezwungen, den nächsten Wagen zu benutzen und dafür ihre letzten Groschen hinzugeben, die für das Mittagbrot bestimmt waren. (Hört! hört!) 6 Monate nach Abschluß des Vertrags sollte die Pensionskasse eingerichtet werden; sie ist noch heute nicht eingerichtet.

Stadtv. Jacobi: Sämtliche angeführten Punkte sind Gegenstand der Beratung in der Verkehrs-Deputation gewesen. Ueber die Zweckmäßigkeit von Wartezimmern im allgemeinen ist man sich noch nicht klar. Bei den Accumulatorenwagen ist Heizung überhaupt nicht möglich; die Motorwagen sind mit Heizanlagen versehen. Mit dem Nebensubstanz beschäftigt sich die Deputation ununterbrochen; es läßt sich nicht jeden Tag mit der Minute abschneiden. Ueber die Pensionskasse wird wir auch einig bis auf zwei Punkte. Die Direction ist der Meinung, daß nur sie darüber zu bestimmen hat, wer pensionberechtigt ist. (Hört! hört!) Wir befinden uns noch immer in der Betriebsumwandlung.

Stadtv. Rosenow: Die Verkehrsdeputation hat ihre Schuldigkeit getan, die braucht Herr Jacobi nicht damit zu verteidigen, daß er eine Lobrede auf die Straßenbahn-Gesellschaft hielt. (Stadtv. Jacobi: Das ist ja meine Sache!) Alle Klagen des Kollegen Bruns entsprechen genau den Thatsachen. Die Fahrpläne reißt die Gesellschaft uns erst ein, wenn unsere Klärung zu spät kommen muß.

Oberbürgermeister R i r s c h n e r: Infolge der Prekmissionen über die Etats-Anschießerhandlungen ist ein Mitglied der Direction der Straßenbahn-Gesellschaft persönlich bei mir gewesen, um Gegenvorstellungen zu machen. Es sind wesentlich dieselben Dinge vorgetragen worden, welche heute Herr Jacobi vorgetragen hat. (Hört! hört!) Das Eruchen, die schriftlich angelegten Gegenvorstellungen auch der Versammlung zu überreichen, habe ich abgelehnt. Die Behauptung, daß die Direction bloß einen Ingenieur für den elektrischen Betrieb habe, wird mit der Erklärung widerlegt, daß 1 Oberingenieur und 5 Ingenieure lediglich für diesen Betrieb angestellt sind. Soweit überhaupt die gegenwärtige Technik es möglich mache, sei alles gegeben, um den Betrieb auch bei Wetteränderungen aufrecht zu erhalten; bei andern Betrieben, wie dem Charlottenburger, sei die Möglichkeit gegeben, die Accumulatoren an den Endstationen vollständig zu füllen, während in Berlin die Accumulatoren nur von der Oberleitung aus während des Betriebs gefüllt werden können. Dieses System habe sich nicht bewährt. Außerdem ist auf das Uebergangs- und Umwandlungsstadium hingewiesen worden. Im wesentlichen soll schon im Laufe des Jahres 1902 der elektrische Betrieb durchgeführt sein, und dann werde man auch in Sachen der Wagenfolge sich entgegenkommender verhalten. Bei einem so großartigen Unternehmen werden ja auch solche Dinge unterlaufen, der Betrieb bleibt aber im allgemeinen doch wohl nicht hinter dem anderer Städte zurück. (Lebhafter Widerspruch.) Die Möglichkeit einer Kündigung des Vertrags aus diesen Anlässen kann wohl nicht ernsthaft diskutiert werden. (Beifall.)

Stadtv. S i n g e r: Die Verkehrsdeputation kann der Versammlung nur dankbar dafür sein, daß diese Dinge hier zur Sprache gebracht werden. Herr Jacobi kann nicht als Vertreter der Deputation angesehen werden; er hatte kein Mandat. Angriffe auf die Straßenbahn-Gesellschaft zurückzuweisen, weil gerade dort von vielen Seiten die entgegengelegte Meinung ausgesprochen worden ist. Daß der Oberbürgermeister in seiner urbanen Weise calmieren will, begreife ich wohl; aber diese Taktik ist hier nicht ganz richtig, wo doch auch er wünscht, daß den Beschwerden abgeholfen werden soll. Wir haben es bei der Straßenbahn mit dem eingewurzeltesten Uebel der Rücksichtslosigkeit gegen das Publikum zu thun; die Gesellschaft ist jahrzehntelang verwöhnt worden. Sie erfüllt jetzt thatsächlich nicht den Vertrag, wie er erfüllt werden muß. Hätte man die Art, wie die Gesellschaft ihn erfüllen würde, vorausgesehen, man hätte den Vertrag ganz anders abgefaßt. Die Verhandlungen über die Pensionskasse schweden schon seit Jahren, teils schriftlich, teils mündlich. Es sind nur noch zwei Differenzpunkte übrig geblieben; hätte die Gesellschaft gewollt, sie wären längst beseitigt. Dasselbe gilt von der Dienstzeit für die Wagenführer. Die Interpretation, daß es sich bei dem Jubiläumsgeld nur um einen Durchschnittswert handelt, ist völlig willkürlich. Es ist auch nicht loyal, wenn die Gesellschaft in diesem bitterkalten Winter als Frühwagen die großen Deckwagen schickt, wo die Arbeiter gezwungen waren, auch oben Platz zu nehmen, wenn sie überhaupt mitkommen wollten. Auch dem Polizeipräsidenten gegenüber sind wir mit der Gesellschaft sehr unglücklich daran; wir haben kein Genehmigungsrecht für den Fahrplan. Wartehallen sind schon deshalb notwendig, damit die Leute der Gesellschaft ihr Mittagessen in geschlossenen Raum einnehmen können, im Wagen zu essen ist ihnen ja verboten. (Hört! hört!) Die Gesellschaft verdient Millionen und möchte doch auch in diesem Punkte für Abhilfe sorgen. Die Betriebsstörungen dieses Winters legen von einer mangelhaften Organisation der Gesellschaft Zeugnis ab. Nicht bloß im Material, auch im Personal legt sich die Gesellschaft eine unbegreifliche Beschränkung auf. Angeblich hatte sie keine Leute bekommen zur Straßenreinigung. Rastlos, für 2 Mark bei solchem Wetter kriegt man auch keine. (Sehr richtig!) Den Wagenführern ist auch gar keine Zeit gelassen worden, die Accumulatoren wieder richtig zu laden. Die Straßenbahn-Verhältnisse in Hamburg sind viel besser als die hiesigen. (Zuruf: Oberleitung!) — Ja, ich ziehe auch die Oberleitung vor, aber die Gesellschaft hat sich doch verpflichtet, mit Accumulatoren den Betrieb aufrecht zu erhalten. Daß der Oberbürgermeister abgelehnt hat, das Rechtfertigungs schreiben der Versammlung zugehen zu lassen, kann ich nur anerkennen.

Stadtv. Schwabe steht auf dem Standpunkt des Oberbürgermeisters und tadelt nur, daß in Sachen der Pensionskasse noch kein Abschluß erfolgt ist.

Der gesamte Etat „Verschiedene Einnahmen und Ausgaben“ wird genehmigt, bezgl. ohne Debatte der Etat der Kapital- und Schuldenverwaltung.

Im Personal-Besoldungs-Etat, der an den Anschlag zurückverwiesen war, soll die Gehaltsstala der Magistrats-Bureau-Assistenten um zwei weitere Stufen, 3700 und 3900 M. nach 24 bez. 27 Jahren vermehrt werden; ferner hat der Magistrat beantragt, den Fonds von 3000 M. zur „Belohnung für außerordentliche Leistungen der Bureauhilfsarbeiter“ auf 10 000 M. zu erhöhen. Der Anschlag hat diesen Vorschläge zugestimmt.

Zu dem letzteren Punkte befragt Stadtv. Kurt Ulrich (Kuljemi) einen Antrag, statt „Belohnung“ nun zu sagen „Grotifikationen“. Redner bespricht die Lage der Hilfsarbeiter und erklärt das Verhalten des Magistrats ihnen gegenüber, wie schon die vielen teuren Prozesse bewiesen, für einen der wundesten Punkte der Verwaltung.

Der Antrag wird vom Oberbürgermeister bekämpft und von der Versammlung abgelehnt. Die Anschlagentwürfe werden angenommen.

Im Anschlag an das Vertrauensvotum für das Berliner Gewerbegericht regt Stadtv. Rathau auch ein solches für den Vorstand der Landes-Versicherungskasse Berlin an und fragt, ob es nicht inzwischen möglich geworden ist, den Herren eine unabhängige Stellung als bisher zu geben.

Oberbürgermeister R i r s c h n e r hat eine Lösung dieser Frage noch nicht entdecken können.

Stadtv. Rathau giebt anheim, sie eventuell zu Stadträten zu machen. (Heiterkeit.)

Beim Etat der Gasanstalten ist die Frage des Einheitspreises für Koch- und Leuchtgas im Anschlag Gegenstand ausführlicher Erörterungen gewesen, die mit der Annahme einer Resolution (mit 8 gegen 7 Stimmen) beendet haben, wonach die Versammlung um die Einführung des Einheitspreises von 12 Pf. zum 1. April 1901 ersucht und die Ueberwälzung der Gaswerke von 1899 und 1900 für den dadurch eventuell entstehenden Einnahmefall zu reservieren vorgeschlägt. Am Etat der Gaswerke selbst und dem der öffentlichen Petroleumbeleuchtung ist nichts geändert.

Die Resolution wird ohne Diskussion mit großer Mehrheit von der Versammlung zum Beschluß erhoben, der Etat genehmigt.

Zum Etat für den Straßen- und Grünbau liegt eine Resolution des Staatsausschusses vor, den Magistrat zu ersuchen, auf die Vermehrung der Bedürfnisanstalten, namentlich für Frauen, Bedacht zu nehmen.

Diese Resolution gelangt ohne Debatte zur Annahme. Vom Stadtv. Maregold wird beantragt, die sämtlichen noch mit Wasserföhrung versehenen Bedürfnisanstalten in solche mit Delföhrung zu verwandeln und den Betrag von ca. 40 000 M. in den Etat einzustellen.

Stadtrat Voigt hält die Durchführung der Umwandlung von 309 Ständen in einem Jahr für unmöglich; die Verwaltung brauche 2 Jahr dazu.

Der Antrag wird angenommen; der Tiefbauetat gelangt im übrigen nach den Anschlagentwürfen zur Feststellung.

Die ca. 40 000 M., welche an dem Stadthaus-Etat im ganzen abgeschrieben sind, sollen bei der Umschreibung abgesetzt werden. Im übrigen hat der Anschlag an den Etat der Steuerverwaltung, Gemeindegeldsteuer, Gewerbesteuer, Betriebssteuer, Gemeinde-Einkommensteuer, Hundesteuer, Brunnengeldsteuer, Grundsteuer und Wanderlagersteuer nichts geändert. Die Gemeinde-Grundsteuer wird für 1900 5,8 Proz. des Vermögens der Steuerpflichtigen Grundstücke, die Gewerbesteuer 150 Proz., die Gemeinde-Einkommensteuer 100 Proz. des Normalbolls betragen. Die unterste Steuerstufe (420—660 M. Einkommen) bleibt unberührt.

Der Etat für 1900 balanciert mit 107 298 108 M. Er wird mit dieser Summe definitiv festgestellt.

Auf Antrag S i n g e r werden die übrigen Beratungsgegenstände von der heutigen Sitzung abgesetzt, damit noch in geheimer Sitzung über die Bürgermeistereifrage verhandelt werden kann.

Morgen außerordentliche Sitzung. Schluß nach 9 Uhr.

Lokales.

Ein Veteran.

Unser Parteigenosse Theodor Meyner begeht heute, den 30. März, seinen siebenzigsten Geburtstag. Ein solches Alter wird dem Proletarier im harten Kampf selten zu teil. Der 70. Geburtstag ist wenigstens in der Städtebevölkerung mit geringen Ausnahmen auch ein Reservatrecht der Bourgeoisie; und wenn Meyner diesen Tag doch erreicht hat, so ist es wahrlich nicht dem Mangel an Sorge und Mühen zuzuschreiben.

Meyner ist Berliner und ein rechtes Proletarierkind; von früherer Jugend an lastete der Armut Bärde schwer auf ihm. Als Schüler der katholischen Volksschule hatte er den Unterricht mit der Arbeit in der Fabrik zu teilen, in die ihn die Not der Eltern schon im zwölften Lebensjahre hineintrieb. Dann erlernte Meyner fünf Jahre lang das Schreiner-Handwerk, ging sechs weitere Jahre auf die Wanderschaft und wurde dann in Berlin Angestellter. Mitte der sechziger Jahre machte Meyner sich selbständig. Oder er versuchte es wenigstens. Denn kaum hatte er sein bescheidenes Geschäft eröffnet, als 1866 der deutsche Bürgerkrieg ausbrach. Mit dem Traum, ein selbständiger Geschäftsmann zu werden, war es vorbei. Meyner mußte an den Schlachtfeldern Böhmens kämpfen und ebenso 1870 in Frankreich.

Inzwischen hatte die von Lassalle angeführte Arbeiterbewegung ihre ersten lebhaften Forderungen auch über Berlin ausgedreht. Meyner schloß sich der Lassalle'schen Partei an, trat aber 1869 zur Eisenacher Partei über und leitete bis zu der im Jahre 1875 zu Gotha erfolgten Einigung der beiden Richtungen deren hiesige Mitgliedschaft als Bevollmächtigter, um dann weiter, wo es nur anging, für die Befreiung des gereinten Proletariats zu wirken. Was er unter dem Socialistengesetz und in den neunziger Jahren für die Socialdemokratie gethan, ist zu beläuen, als daß es im einzelnen aufgeführt zu werden bräuchte. Meyner war Mitglied der Stadtverordneten-Versammlung, kandidierte u. a. im Wahlkreis Lebens mehrfach zum Reichstag und wurde zuletzt noch vor einigen Monaten als Kandidat zur Berliner Stadtverordnetenwahl aufgestellt. Auch übertrugen die Parteitag ihm mehrfach das Ehrenamt eines Controlleurs.

Daß Meyner im aufopferungsvollen Dienst der Partei Proletarier blieb, versteht sich am Rande. Die Sorge und lästige Brot war sein steter Begleiter, und mühselig kämpft er auch jetzt ums Dasein, wo das Alter ihn gezwungen hat, das Handwerk an den Nagel zu hängen und sich durch den Betrieb einer kleinen Gastwirtschaft zu ernähren.

Nichtsdestoweniger sieht Meyner im Kampfe auch heute seinen Mann wie in jüngeren Tagen, und wenn wir ihm hier im Namen der Berliner Parteigenossen unsere Glückwünsche darbringen, so thun wir das in der Erwartung, daß er auch als Veteran noch eine stattliche Reihe von Jahren zum Wohle der Partei kriegsbereit auf dem Posten bleibe.

Seines Rates, seiner Erfahrung bedürfen wir noch lange!

Aus der Stadtverordneten-Versammlung.

Bei der zweiten Beratung des Stadthaus-Etats für 1900, die in der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten fortgesetzt und in flotten Tempo zu Ende geführt wurde, kam es zu einer interessanten Debatte über die Ständen der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft. Die Sache

wurde angegriffen durch seinen Genossen Bruno, der auf die fahrlässige Nachlässigkeit der Gesellschaft gegen das Publikum wie gegen die Angestellten hinwies und den Magistrat anforderte, die Straßenbahn-Gesellschaft zur besseren Erfüllung des zwischen ihr und der Stadtgemeinde geschlossenen Vertrags anzuhalten. Der Stadtverordnete Jacobi gab sich den Anschein, als erkläre er in Bruno's Ausführungen einen Vorwurf gegen die Verkehrsdeputation und wolle diese dagegen in Schutz nehmen. Die Verteidigungsrede, die er dabei für die Straßenbahn-Gesellschaft hielt, reißt sich würdig dem an, was dieser Herr in der Stadtverordneten-Versammlung wiederholt bei ähnlichen Gelegenheiten in der Verteidigung kapitalistischer Interessen geleistet hat. Bemerkenswert war die vom Oberbürgermeister Kirschner abgegebene Erklärung, daß die Direktion der Gesellschaft ihm gegenüber die Beschwerden zu widerlegen vermindert, im übrigen aber Änderung versprochen habe. Es ist zu wünschen, daß sie dieses Versprechen auch wirklich hält. Die gefürchtete Erweiterung der Angelegenheit wird sie in diesem Vorzuge, wenn er bei ihr überhaupt ernsthaft bestehen sollte, vielleicht etwas bestärken. Sie möge aus den Verhandlungen entnehmen, daß es ihr auch in Zukunft, so groß die Zahl ihrer Freunde im Magistrat und in der Stadtverordneten-Versammlung ist, dennoch nicht ungerührt hingehen wird, wenn sie ihr finanzielles Interesse über das Interesse der Berliner Bevölkerung stellt und die notwendige Rücksicht auf das Wohl ihrer Angestellten der Rücksicht auf den Profit opfert.

**Die Osterferien** sind für die Berliner Schulen in diesem Jahre sehr ungleich angeordnet worden. Die Gemeindefchulen schließen das Winterhalbjahr am 31. März. Sie beginnen die Osterferien am 1. April, unterbrechen sie jedoch nach einer knappen halben Woche und eröffnen am 4. April das Sommerhalbjahr. Am 4. April schließen aber die höheren Lehranstalten erst das Winterhalbjahr, um am 5. April ihre Osterferien zu beginnen. Die Gemeindefchulen brechen sodann am 10. April den kaum begonnenen Unterricht wieder ab und bekommen nun den zweiten Teil ihrer Osterferien. Der Schluss der Ferien und die Wiederaufnahme des Unterrichts erfolgen dagegen für alle Schulen gleichmäßig am 19. April. Die Gemeindefchulen sind zu dieser Zeit ihrer Osterferien deshalb genötigt, weil für sie nicht bloß das Osterfest in Betracht kommt, das diesmal ziemlich spät fällt, sondern ebenso auch der 1. April, der als ein Haupttag und zugleich als Tag des Eintritts der schulfähigsten Kinder in Lehre und Dienst Berücksichtigung fordert.

**Eine Verminderung der Bevölkerungszahl** Berlin ist im Monat März eingetreten. In der Woche vom 4. bis 10. März erging die fortgeschriebene Bevölkerungszahl von 1857001 auf 1856221 zurück. Im März übersteigt die Zahl der von Berlin fortgehenden Personen in der Regel sehr beträchtlich die der nach Berlin Zugehenden. Dagegen pflegt der April mit seinem nachdenklichen Junge eine um so härtere Vermehrung der Bevölkerungszahl herbeizuführen.

**Die Volks-Kaffee- und Speisehallen-Gesellschaft** veröffentlicht jeden ihren Geschäftsbericht für 1899, wonach neben genügenden Abschreibungen an die Anteilhaber die statutenmäßig höchste jährliche Dividende von 4 Prozent zur Verteilung gelangt. Der Umsatz war größer wie im Vorjahre und wurden z. B. verkauft: 617 393 Tassen Kaffee mit Milch und Zucker zu 5 Pf., 222 244 Tassen Kakao zu 5 Pf., 20 390 Tassen Milch zu 5 Pf., 12 483 Gläser Buttermilch zu 5 Pf., 19 492 Seidel Bier 0,4 Liter zu 10 Pf., 192 834 Seidel Bier 0,2 Liter zu 5 Pf., 9461 Gläser Apfelwein zu 5 Pf., 120 113 Schrippen zu 2 1/2 Pf., 232 202 gefüllte Schrippen und Stullen zu 5 Pf., 142 325 belegte Stullen zu 10 Pf., 341 080 Stückchen Mandeln zu 5 Pf., 135 395 gefüllte Eier zu 5-7 1/2 Pf., 80 067 Portionen Mittagessen zu 20 Pf., 325 302 Portionen Mittagessen zu 20 Pf., 67 350 Portionen Suppe zu 5 Pf., 277 853 Portionen Abendessen zu 10-30 Pf.

**Der Rathensturm** kann am 3. April ab wieder bestiegen werden. Die Besteigung ist täglich von 10 Uhr vormittags bis 3 Uhr nachmittags gegen Zahlung eines Eintrittsgeldes von 20 Pf. für jede Person gestattet. Eintrittskarten, nur für den Tag der Befreiung gültig, sind bei dem Förstler am Rathensturm in der Königsstraße zu haben.

**Zu eine unangenehme Lage ist die Patefahr-Gesellschaft** durch das Eingehen der Privatpostabteilung geraten. Die hiesigen Geschäftskreise haben noch die Gelegenheit des billigen Postos benutzt, um Preisverzeigungen, Kellampannen usw. in großen Mengen zu verschicken. Infolgedessen haben sich in den Bureaus der Patefahr-Gesellschaft eine derartige Menge Sendungen angehäuft, daß die Beförderung derselben ins Stoden geraten ist. Die Lage für die Patefahr-Gesellschaft ist umso unangenehmer, als sie am 1. April die im März eingelieferten Sachen nicht mehr befördern darf. Unter diesen Umständen wurde bereits Mittwochmorgen die Annahme von Gelbawerzeugungen inhibiert, anßerdem sind die Angestellten angewiesen worden, Briefe in größeren Mengen nicht mehr anzunehmen. Die Bureaus der Gesellschaft haben schon gestern den Verkauf von Wertzeichen einstellen müssen.

**Die näheren Bestimmungen über die Frühjahrskontrollverammlungen** im Bereich des Landwehrbezirks I Berlin werden am 7. und 16. April an den Anschlagtafeln öffentlich bekannt gemacht werden.

**Die Bekanntmachung für die Frühjahrskontrollverammlungen** beim Landwehr-Bezirkskommando I Berlin wird an den Anschlagtafeln am 7. und 16. April erfolgen.

**Eine auch in Berlin** bekannte Persönlichkeit, der Dresdener Apfelweinfabrikant Karl Otto Vetsch, genannt der „Appel-Vetsch“, hat sich, wie berichtet wird, im Dresdener städtischen Steckenbau das Leben genommen. Er hatte ein vielbewegtes Leben hinter sich. Als Apfelweinfabrikant war er weit bekannt, aber auch durch Schenkungen aller Art, mit denen er durch die Länder reiste. So hat er die „Koloschchromotone“, einen in vielen Farben spielenden Springbrunnen, herumgeführt, sah auch einmal vor ein paar Jahrzehnten von Blondin in Madrid über ein Turmfeil tragen lassen.

**Unsere Mitteilungen über den Betriebsunfall** in der Bleichembalagen-Fabrik von Hans Adolph Meyer veranlassen den Inhaber der Firma zu einer teilweisen Richtigstellung. Das verunglückte Mädchen ist nicht als Baderin, sondern als Arbeiterin angestellt worden, auch habe der Meister es zur Vorsicht ermahnt und eine Zeittang nachgesehen, ob es seine Arbeit auch richtig mache. Ferner ist es falsch, daß die Arbeiterinnen sich weigerten, an der Stanzmaschine zu arbeiten. Das Verbotsgesetz sei beim Meister in Verwahrung gewesen, auch habe der Meister sich bei dem Unfall sehen lassen. — Auf diese und ähnliche „Richtigstellungen“ hin können wir nur erklären, daß die bei dem traurigen Vorfall zunächst in Betracht kommenden Personen die gestrige Darstellung des Falles als durchaus der Thatachen entsprechend bezeichneten. Auch wir meinen, daß z. B. die Mitteilung, wonach der Meister der verunglückten Arbeiterin zu der gefährlichen Arbeit eine gemüthliche Anleitung gegeben, und die älteren Arbeiterinnen keinerlei Mißbehagen an der Maschine empfanden, außerordentlich viel gegen sich hat. Im übrigen wird, wie wir denken, die von der Behörde doch wohl eingeleitete Untersuchung des Falles das weitere ergeben.

**Kindesmord?** In der bekannten Wirtshaus „Casó Reio Hol“ in der Mittelstraße diente seit dem 3. Dezember v. J. die 20jährige Anna Mattheis, die aus Westpreußen nach Berlin gekommen ist. Das Mädchen erkrankte am Montag plötzlich und wurde nach der Charité gebracht. Dem Wirt kam die Krankheit verdächtig vor. Er ließ gestern den Wäschelord des Mädchens öffnen und durchsuchen und man fand darin die Leiche eines neugeborenen Kindes, die in Papier eingewickelt war. Ob das Kind, dessen Leiche von der Revierpolizei beschlagnahmt wurde, gelebt hat und eines gewaltigen Todes gestorben ist, bedarf noch der Feststellung. Die Mutter wird einstweilen als Polizeigefangene behandelt.

**Rettung aus Feuergefahr.** Mittwochabend 10 1/2 Uhr kam Schönhauser Allee 40a in dem Postamentierladen der schon besprochenen

Frau A. Müller durch Explosion einer Lampe ein Brand aus, der leicht verhängnisvolle Folgen nach sich ziehen konnte. Die alte Dame war gerade im Begriffe, den Boden zu säubern, als die Explosion erfolgte. Anstatt nun Lärm zu schlagen, eilte sie kopflos nach der angrenzenden Wohnstube, vergaß aber die Verbindungstür zu schließen, so daß die Flammen, die sofort die Warenbestände erfaßt hatten, nach der Stube überzogen. In ihrer Angst lief die Frau nach dem Hausflur, ohne aber auch hier die Thür zuzuverriegeln. Der dadurch entstandene Luftzug schickte nicht nur die Flammen heftig an, sondern blühte weniger Minuten war auch das Treppenhaus in dichten Qualm gehüllt. Die Bewohner der beiden oberen Stockwerke lagen schon im Schlaf, als sie jetzt aufgeschreckt wurden, und sich, fast unbekleidet, zur Flucht ansetzten. Die Frau des im ersten Stock wohnenden Eigentümers Paletti verfiel vor Schreck in Ohnmacht, konnte aber von ihren Angehörigen noch in Sicherheit gebracht werden. Als der erste Lösungsversuch, ständen Boden und Wohnung in hellen Flammen und laute Hilferufe drangen aus der Mansardenwohnung, wo eine Frau Pfeifer mit zwei kleinen Kindern der Rettung harrie. Brandmeister Wisenzer ließ mehrere Löschmannschaften über die verquälten Treppen vordringen, um den Bedrohten Hilfe zu bringen. Ein Oberfeuermann und ein Feuermann stürzten mit je einem Kinde die Treppe herab, während zwei andre die dem Luftzug nahe Mutter ins Freie führten. Wenige Minuten später, und alle drei waren erlöst. Die von Feuer ergriffenen Räume brannten total aus. Der entstandene Schaden ist durch Versicherung gedeckt.

**Das Polizeipräsidium** teilt mit: Am 20. d. M., nachmittags 9 1/2 Uhr, ist vor dem Hause Gartenstr. 40 ein unbekannter Verbrechen infolge eines Zusammenstoßes mit einem elektrischen Straßenbahnwagen von seinem Wagen geschleudert worden, wobei derselbe schwere Verletzungen davongetragen hat. Der Unbekannte ist auf dem Wege nach dem Lazarus-Krankenhaus verstorben und konnten somit seine Personalien nicht festgestellt werden. Der Unbekannte wird wie folgt beschrieben: 35-45 Jahre alt, 1,70 Meter groß, Haare blond, blonder Schnurrbart, Bekleidung: dunkler Leberzieher, dunkle Hosen, Trilbschend, graues Halsband und Mütze. Recognoscenoten können sich bei der Kriminalpolizei Zimmer 332 II oder im Leichenhause melden.

**Die unentgeltliche Behandlung** von Ohren-, Nasen- und Halskrankheiten findet jetzt in der Ohren-, Nasen- und Hals-Klinik, Berlin, Raststraße 22, nicht nur wie bisher wochentäglich von 9-11 Uhr früh, sondern auch Sonntags von 11-12 Uhr statt.

**Die 5. Berliner Tischlerkammer** und der 6. händische Gewerkschaft, Meldendegesch. 131/132, für den Süden und Südosten miters Stadt, begannen am 1. April das Sommer-Semester. Beide Anstalten haben einen erfreulichen Fortgang zu verzeichnen, da die Besucherzahl aus seinen Angaben heraus auf 500 geschätzt ist. In der Tischlerkammer wird außer Fach-, Ornament- und Projektionszeichnen auch neuerdings im Naturzeichnen unterrichtet. Der Gewerkschaft für Mechaniker, Maschinenbauer, Schlosser und verwandte Gewerbe hat einen neuen Nobilitationskurs für Anwärter, Kunstschlosser, Feinwerk, Bildhauer, Glaser, Uhrmacher, Uhrmacher usw. eröffnet. Stadtschulräte werden hier auch im Auftrag unterrichtet. — Anmeldungen zu beiden Anstalten finden alltäglich abends 7 1/2 Uhr und Sonntags von 9 Uhr nachmittags an im Amtszimmer der 151. Gemeindefchule durch den Rektor Schönmann statt.

**Taubstumme Kinder** unter sechs Jahren finden Aufnahme in einer Abteilung für sie eingerichtet in meisten Klasse der städtischen Taubstummschule, Markstr. 49. Die Kinder werden hier in täglich 3 Stunden durch Spiel etc. anregend beschäftigt und für den eigentlichen Klassenunterricht vorbereitet. In Verbindung mit Vorbereitungen fürs Sprechen werden noch vorhandene Hör- und Sprachkräfte gepflegt und geübt. Anmeldungen sind zu machen bei Direktor Gumpmann, Markstr. 49.

**Feuerbericht.** Ein größerer Dachstuhlbrand alarmierte Donnerstagmorgen mehrere Lösungsleute nach Wangefstraße 12. Zwei Rohre gaben längere Zeit Wasser, doch wurde ein erheblicher Teil des Dachstuhls eingeschert. Kurz vorher entstand Swine-münderstraße 97 in einem Theegeschäft ein kleines Schabenschaden, das ohne Hilfe der Wehr erlosch werden konnte. Markstr. 20 hatte Verpackungsmaterial Feuer gefangen. Maschinen-garderoben gingen Kottbuser Damm 39 in Flammen auf. Außerdem entstand Lindenstraße 22 durch Explosion einer Petroleumlampe ein kleiner Zimmerbrand, der aber wesentlichen Schaden nicht verursachte.

### Aus den Nachbarorten.

**Schöneberg.** In der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Mittwoch wurde eine Vorlage des Magistrats betr. die Anstellung und Versorgung der kommunalbedienten und die Rahmweisung der Gehälter der besoldeten Gemeindebeamten für 1900 einer eingehenden Würdigung unterzogen. Ohne Aenderung wurden die Vorschriften über die Reifeposten und Tagelöhner der Magistratsmitglieder, Stadtverordneten, Deputationsmitglieder nach § 6 des Gesetzes vom 30. Juli 1899 angenommen. Auch ein Ortsstatut, welches die Gehalts- und Pensionverhältnisse der Beamten und sonstigen Bediensteten regelt, erhielt nur eine redaktionelle Aenderung. Eine etwas eigenartige Bestimmung enthält der § 9 in folgender Fassung: Jeder händische Beamte und sonstige Bedienstete hat seine ganze Zeit und Kraft dem städtischen Dienst zu widmen und muß bei vorhandenem Bedürfnis auch über die jeweilig festgesetzten Dienststunden gegen Vergütung thätig sein. Er hat insbesondere auch die Pflicht, für einen erkrankten, beurlaubten oder verstorbenen Beamten ohne Entgelt einzutreten. — Jedemfalls um diese nicht zu verheißende Härte etwas auszugleichen, hatte man den § 8, der die Stellung von Kauttionen behandelt, gestrichen und sich in dieser Beziehung Berlin angeschlossen. In einer Resolution wurde ferner der Magistrat aufgefordert, die Pensionsverhältnisse der händischen Arbeiter (Straßenfeger etc.) in Betracht zu ziehen und eine entsprechende Vorlage zu machen. Großen Widerstand rief das Verlangen der Beförderung des Hauses Markstraße 1 (Ede Hausstraße) hervor, die für ein Stück abzutretendes Vorgartenland von 500 Quadratmeter nicht weniger als 14000 M. verlangte. Mit Recht wurde dieses Erachtens herabgehoben, daß jene Dame eine Profession, wie sie unter Hausbesitzern in Schwange ist, auf die Stadtgemeinde ausübt. Im dieser Ueberweisung zu begegnen, wurde die Angelegenheit an einen Ausschuss zurückverwiesen. Es folgte die Wahl eines Bürgerdeputierten in der Hochbau-Deputation, in das Amtszimmer der händischen Sparkasse und eines Bezirksvorstehers.

**Der Nixdorfer Stadtverordneten-Versammlung** lag gestern eine neue Gebührensatzung für die städtischen Friedhöfe zur Beschlußfassung vor. Stadt. Dr. Silberstein erklärte namens der sozialdemokratischen Fraktion, daß diese nicht für die Ordnung der Dinge wäre, weil sie prinzipiell für die unentgeltliche kommunale Begräbnispflege sei. Außerdem sei man auch dagegen, daß die Menschen nach ihrem Tode in Klassen geteilt würden, wie es die Vorlage thue. Die Magistratsvorlage wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. Die Versammlung hatte ferner Stellung zu nehmen zum Erlaß eines Ortsstatuts, das die Anstellungsverhältnisse der Beamten regelt. Es handelt sich hierbei besonders um eine Anwendung derjenigen Bestimmungen des Gesetzes vom 30. Juli 1899, wonach von dem Grundzuge der Anstellung auf Lebenszeit abgesehen werden kann. So bestimmt der § 3 des vorgelegenen Ortsstatuts: „Auf unbeschränkte Zeit, jedoch auf Kündigung mit Pensionberechtigung werden angestellt: 1. Die technischen Sekretäre und Assistenten der städtischen Verwaltung und des Vermessungsamtes, sofern nicht der Magistrat mit Zustimmung der Stadtverordneten-Versammlung die lebenslängliche Anstellung beschließt; 2. die städtischen Steuererheber und Vollzugsbeamten; die im Schreibdienste oder überwiegend mit mechanischen Dienstverrichtungen beschäftigten Personen, wie Boten, Heizer,

Pförtner und Schuldiener, sofern ihre Annahme nicht lediglich durch Privatvertrag erfolgt. Die unter 3 angeführten Beamten können nach vierjähriger Anstellung, die anderen nach dreijähriger Annahme nach dreimonatiger Anstellung entlassen werden.“ — Die Stadt. Vorabam und Wilschke traten für die lebenslängliche Anstellung aller Beamten ein, indem sie eine fünfjährige Probezeit vorschlugen. Bürgermeister Voigt und die Stadt. Voigt, Mahnig, Wack (Soz.) und Hohe empfahlen die Magistratsvorlage, die auch gegen vier Stimmen angenommen wurde. — Die Bildung von Stadtbezirken und die Befreiung der Bezirke wurde einer 15-gliedrigen Kommission zur Vorbereitung überwiesen.

**Nixdorf.** Der hiesige Lehrerverband hat dagegen Stellung genommen, daß der Zeugnisertrag in den Unterlassen der Nixdorfer Volksschulen durch Handarbeits-Lehrerinnen erstellt werden soll. Man ist der Meinung, daß für den Zeugnisertrag eine methodisch gekultete Lehrkraft erforderlich sei und daß Handarbeits-Lehrerinnen als Zeugnisertrag keine Erfolge erzielen könnten. Der Vorstand wurde beauftragt, diese Bedenken an zuständiger Stelle geltend zu machen. Ferner erörterten die versammelten Lehrer lebhaft die Ueberfüllung mancher Schulklassen. Es wurde hervorgehoben, daß die übergroße Schülerzahl die Lehrthätigkeit ungemein erschwere. Die Gesundheit der Lehrkräfte würde erheblich geschädigt und dies würde wiederum ungünstig auf den Schulertrag ein. Man beschloß, eine Herabminderung der Klassenstärke herbeizuführen. — Nixdorf hat jetzt auch seinen grünen Wagen; die königliche Polizeidirektion hat ihn sich kürzlich zugelegt. Neger zum Transport von Gefangenen dient er zugleich als Altkarwanze.

**Zu der Mordthat in Schwabau.** Eine Streife der Garde-schützen nach dem Mörder der Schifferin Grasnitz hat vorgestern im Grunewald stattgefunden. Ein reduzierter anscheinender Mensch, auf welchen die Verfolgung des mutmaßlichen Täters paßt, war in ein Lokal der Herderstraße in Steglitz geflohen und hatte dort für 10 Pfennig Schnaps verlangt. Der Wirt, dem der Kunde auffiel, sagte zu ihm: „Sie sind wohl der Mörder der Grasnitz?“ Der also Ingerede verließ sofort das Lokal, nahm seinen Weg durch einen Neben-, überfahrene eine ziemlich hohe Mauer und ließ in der Richtung nach Dahlem und dem Grunewald. Der Landrat des Kreises und die Staatsanwaltschaft wurden hiervon in Kenntnis gesetzt; auf Ansuchen des ersteren nahm das Garde-Schützenbataillon die Verfolgung auf, wie vorher bemerkt sei, mit negativem Erfolg. Es wurde alsbald in der Kaserne Alarm gelassen; jede Compagne gab 50 Mann und 4 Oberjäger zu der Expedition ab, die unter Kommando des Oberleutnants v. Ventivogel nach dem Grunewald abrückte. Die 50 Mann schwärmten in Schützenlinien aus und suchten den Wald auf weite Strecken ab. Von einer Schießung zurückbleibende Teile des Bataillons schlossen sich ihren Kameraden an, doch waren alle Bemühungen vergebens. Nach sechsständigem, anstrengendem Marsche kehrten die Mannschaften am frühen Abend in die Kaserne zurück. Weitere Recherchen sollen durch die Gendarmen vorgenommen werden. Ob der Verdächtige wirklich der Täter ist, oder ob er nicht vielleicht etwas anderes auf dem Kerbholz hat, so daß er sich der Auseinandersetzung mit der Polizei entziehen wollte, muß dahingestellt bleiben.

Der Schlichter Genzke und der Tischler Günther, die zwischen Eilber und Volterdorfer Schleise festgenommen wurden, sind in Untersuchungshaft gesetzt worden, aber wohl weniger wegen des Mordes in Schwabau, als anderer Straftaten wegen, deren sie verdächtig erscheinen. Die Behauptung des „Lokal-Anzeigers“, daß sie noch genötigt würden, trifft nicht zu. Gefangen sind nicht weniger besonders auf zwei andre Personen. Die eine ist ein Mann von etwa 40 Jahren, mittelgroß, unterseht, auffallend breit-schultrig und kräftig, mit rötlichem, vollem, rundem Gesicht, einem starken, von den Boden in gerader Richtung weitabstehenden Schnurrbart, einem hellgrünen, anscheinend englischen Anzug (die Hose etwas dunkler) und Schiffermütze. Der zweite Mann ist etwa 35 Jahre alt und einen Kopf größer als der andre. Er ist schlank, hat eine stramme Körperhaltung und trägt einen dunklen Rod und ebenfalls eine Schiffermütze. Diese Männer sind gegen 11 Uhr von Schwabau nach der Nordseite zugehend gesehen worden, von da an aber niemand mehr begegnet und haben sich wahrscheinlich in die Büsche gelassen und dort Frau Grasnitz getroffen. Die beiden Möbelwagenfahrer, die von Königswinterkirchen kamen, nicht umgekehrt, wie gestern mitgeteilt wurde, haben sich noch nicht gemeldet. Die Leichenöffnung findet heute, Freitag, nachmittags durch den Kreisphysikus Sanitätsrat Dr. Effen statt.

Der Regierungspräsident in Potsdam hat in der Mordthat der Schifferin Vertha Grasnitz aus Gosen für denjenigen, durch dessen Angaben die Ueberführung des Mörders gelingt, eine Belohnung von „Zehnhundert Mark“ ausgesetzt.

**Weihenfe.** Die Sitzung der Gemeindevertretung beschäftigte sich am Mittwoch mit der Wahl eines Parteigenossen L a u b m a n n zur Gemeindeverwaltung. Nach dem Berichte des Gemeindevorstehers entspricht L. nicht den Bedingungen der §§ 41 und 45 der Landgemeinde-Ordnung, nach welcher der zu Wählende angelesen sein muß; die Wahl ist deshalb für ungültig zu erklären. Der Hinweis auf §§ 46 und 40 der Landgemeinde-Ordnung (das Recht der Stellvertretung anzuwenden) wohnender bei Stimmabgabe und das Recht der Wählbarkeit) könne nach den sonstigen gesetzlichen Bestimmungen nicht in Betracht kommen. Von unsern Genossen wurde die Gültigkeitserklärung der Wahl beantragt, staro w und G e r s t e n b e r g e r wiesen darauf hin, daß die endgültige Regelung dieser freitigen Frage an anderer Stelle zu erfolgen haben werde; die Bedenken der Mehrheit der Vertretung zu zerstreuen, scheiterte an deren Vereinigtheit.

Zweifellos wäre die Wahl für ungültig erklärt worden, wenn nicht Genosse G. dem Vorsteher überhaupt das Recht besitzend hätte, von L. den Nachweis, Angehörer zu sein, zu verlangen, da nach dem § 49 der Landgemeinde-Ordnung auch Gemeindevorsteher und Schöffen zur Gemeindevertretung gehören, somit die Zahl der zu wählenden Angehörigen für Neu-Weihenfe 8 beträgt, wovon auf die dritte Wahlklasse 3, statt 2 Angehörige entfallen. Diese Bestimmung der Landgemeinde-Ordnung war der Mehrheit der Vertretung völlig neu. Die vom Genossen Schilling beantragte sofortige Abstimmung wurde nicht vorgenommen, dagegen beschloßen, die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung zu vertagen und dem Vorsteher aufzugeben, bis dahin über den von G. erhobenen Einwand bei der vorgelegten Behörde Grundfragen einzuziehen.

**Die Staudalgeschichte in der Kreisstadt Rauen,** wofelst bekanntlich der Schlichter einer Gemeindefchule in einem Klassen-zimmer Zusammenkünfte von Gesellen, Bierknechten und andren Männern mit jungen Mädchen veranstaltete, die dann in die schlimmsten Exzesse ausarteten, nimmt einen ungeacht Umfang an. In den Exzessen wurden auch kaum der Schule entwandene Mädchen hinzugezogen. Der Schlichter Namens K ä h n e und dessen Ehefrau, die das Treiben gleichfalls begünstigt hat, befinden sich in Moabit in Untersuchungshaft.

### Vermischtes.

**Ein seltsamer Unglücksfall** ereignete sich in Mainz. Bei einer Reibung der Kuhhartheide gingen gestern Zehn Pferde, welche durch Geißelweiser schon wurden, durch, wobei mehrere Soldaten, welche die Tiere anhalten wollten, ungeritten und geschleift wurden. Zwei dieser Soldaten sind tödlich verlegt.

**Die Pest.** Neben das Vordringen der Pest wird aus Konstantinopel, 28. März, gemeldet: Die Sanitätsbehörde von Suleimaniye im Harem Bagdad teilt mit, daß im Gebiete Schewarim in Persien in der Nähe des Distrikts Gulambar die Pestepidemie ausgebrochen ist, daß mehrere Dörfer von der Seuche ergriffen und bereits mehrere Todesfälle vorgekommen sind. — Die Zahl der in Skatutta an der Pest Gestorbenen beträgt 217. Am Dienstag kamen 167 Feuertroungen vor; an diesem Tage betrug die Gesamtzahl der an der Seuche Erkrankten 801.